Einzelpreis 20 Pfennige | Halle, Freitag, den 21. Dezember | Jahrg. 1923 • Nr. 298

Das „Volksblatt" erscheint mit Ausnahme der Sonntage u. Feiertage mit d. tägl. Unterhaltungsteil. Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. — Persönliche Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr. — Das „Volksblatt" — Bezirksorgan der SSPD. — ist d. Publikationsorgan der genossenschaftlichen u. gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ versch. Behörden. Schriftleitung: Harz 42/44, Hinterh. II. Fernruf 4867

Volksblatt

Tageszeitung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis für das „Volksblatt" vom 22. bis 28. Dez. beträgt 80 Pfg. (800 Milliarden) einschließlich Zustellungsgebühr; i. Abholer 75 Pfg. Das Abonnement ist bindend für den ganz. Bezugsmon. Anzeigenpreis: Der einspaltige Millimeter kostet 8 Goldpfennig, der Reklamemillimeter 20 Goldpfennig. Hauptgeschäftsstelle Harz 42/44, Fernruf 4605, und Große Ulrichstr. 27 (Volksblatts-Buchhandlung). — Postscheckkonto 203 19 Erfurt. —

Englisch-russischer Konflikt in Asien.

Beunruhigung in Moskau.

Englisches Ultimatum an Afghanistan. • Unterwerfung unter die englische Herrschaft, Abbruch sämtlicher Beziehungen zu Sowjetrußland verlangt.

Moskau, 21. Dezember. (WTB.)

Wie die Russ. Telegraphen-Agentur meldet, trafen in Taschkent Nachrichten aus Kabul ein, wonach der dortige englische Vertreter an die afghanische Regierung wegen der kürzlich vorgekommenen Ermordung von Engländern an der afghanisch-indischen Grenze ein Ultimatum gerichtet habe, das die **Forderung auf Unterwerfung Afghanistans unter die englische Herrschaft und des Abbruches seiner Beziehungen zu Sowjetrußland enthalte. England werde vor einem neuen Krieg nicht zurückschrecken.** • Die Russ. Telegraphen-Agentur bemerkt dazu, daß das Ultimatum in Moskauer politischen Kreisen die größte Beunruhigung ausgelöst habe. Ausländischen Pressevertretern gegenüber betonte Tschitscherin, daß die Folgen des Ultimatums noch unübersehbar seien. England treffe Vorbereitungen zu einer neuen militärischen Aktion gegen Afghanistan. Die militärischen Vorbereitungen an der Grenze seien englischerseits bereits beendet.

•

Schon seit längerer Zeit herrschen zwischen der Regierung in Afghanistan und England starke Unstimmigkeiten, die hauptsächlich **auf die fortgesetzten Ermordungen englischer Offiziere an der indisch-afghanischen Grenze zurückzuführen sind.** Die englische Regierung hat wiederholt die Auffassung vertreten, daß dieser Zustand unter dem Einfluß der angeblich von den russischen Gesandten in Afghanistan geleiteten antienglischen Propaganda heraufbeschworen wurde. Deshalb wurde bekanntlich auch anläßlich des im Mai 1923 zwischen England und Rußland bestehenden Konfliktes in der von dem englischen Außenminister Curzon an Tschitscherin gesandten Note die Amtsenthebung nicht nur des russischen Gesandten in Teheran, sondern auch die Entfernung der russischen Vertreter in Kabul gefordert. England berief sich hierbei auf den Londoner Handelsvertrag, in dessen Anhang Rußland die Verpflichtung eingegangen ist, sich jeder antienglischen Propaganda in der Welt zu enthalten. Rußland hat der Forderung Curzons auf Amtsenthebung seiner Vertreter in Teheran und Kabul damals nicht entsprochen, sondern verpflichtete sich Anfang Juni 1923 erneut, jede antienglische Propaganda, wo es auch sei, zu unterlassen. •

Im Laufe der letzten Monate erfolgten nun an der indisch-afghanischen Grenze wiederholt neue Offiziersmorde, die England scheinbar ebenfalls auf die antienglische Propaganda des russischen Vertreters in Kabul zurückführt. Alle Forderungen Curzons auf Genugtuung wurden von Afghanistan dilatorisch behandelt und auch hierbei scheint England einen russischen Einfluß zu vermuten. Tatsächlich besteht zwischen dem Emir von Kabul und Sowjetrußland ein enges freundschaftliches Verhältnis. Vielleicht in der Annahme, daß mit Sowjetrußland trotz aller diplomatischen Versicherungen doch nicht zum Ziele zu kommen ist, schließlich aber auch auf Grund der schlechten Erfahrungen mit Afghanistan hat England nunmehr die oben im Auszug mitgeteilte Note nach Kabul geschickt, in der der Abbruch sämtlicher Beziehungen zu Sowjetrußland verlangt wird. Es ist kaum anzunehmen, daß Afghanistan dieser Forderung entspricht. Viel mehr spricht dafür, daß auch in dieser Frage dem russischen Rate Folge geleistet wird. Ob die englische Regierung daraus einen Anlaß zu kriegerischen Eingriffen nimmt, scheint trotzdem vorläufig noch zweifelhaft. In England besteht keine Neigung zum Kriege, und selbst wenn das Gegenteil der Fall wäre, würde die englische Regierung gegen Afghanistan, das sicherlich von Rußland nicht im Stich gelassen wird, eine äußerst schwierige Position haben. Aber selbst wenn der gegenwärtige Konflikt eine diplomatische Regelung findet, ist auch dieser Ausgang nur als vorläufiger zu betrachten. Allem Anscheinn nach bereiten sich nicht zuletzt infolge der russischen Politik im Orient Dinge vor, die auf kurz oder lang eine machtpolitische Auseinandersetzung zwischen den Beteiligten befürchten lassen.

Diese Auseinandersetzung wird sich zwischen dem englischen und russischen Imperialismus vollziehen. Die neuesten Vorgänge beweisen, daß auf welt- und machtpolitischem Gebiet die Sowjetregierung kaum etwas anderes ist als ihre Vorgängerin, die zaristische Regierung. Man kann sogar mit gutem Recht behaupten, daß sich der Sowjet-Imperialismus noch aggressiver, noch expansionslüsterner als sein zaristischer Vorgänger gebärdet. Auch diese Tatsache ist ein schlagender Beweis dafür, daß Sowjetrußland weltpolitisch gezwungen ist, die internationalen kapitalistischen Fäden nach allen Seiten wiederzuzunehmen, daß das kommunistische Schild nur den äußeren Deckmantel darstellt, unter dem sich die neue Eingliederung Sowjetrußlands in den Rahmen des Weltkapitalismus vollzieht, und daß die kommunistische Firma an dem Gehalt der großen Politik Sowjetrußlands nur wenig ändert.

Wie weit England sich in Asien engagiert, wird nicht unwesentlich von dem Einfluß der Arbeiterpartei in den kommenden Wochen abhängen. Je stärker jedoch England sich in Asien bindet, desto schwächer wird es in Europa sein, desto mehr wird es zu Konzessionen gegenüber seinem stärksten europäischen Rivalen, Frankreich, greifen müssen. Eine Entwicklung, die die freie Hand des französischen Imperialismus stärken und eine weitere Schwächung Deutschlands bedeuten würde.

Das deutsche Volk hat darum kein Interesse an kriegerischen Konflikten zwischen England und Rußland um die Vorherrschaft in Mittelasien.

•

Afghanistan grenzt im Westen an Persien, im Norden an Russisch-Turkestan, im Osten an die unter englischer Oberhoheit stehenden afghansch-indischen Gebiete und im Süden an Beluchistan. Das Land ist ungefähr 550 000 Quadratkilometer groß und zählt schätzungsweise 6,5 Millionen Menschen. Afghanistan ist eine unumschränkte Monarchie mit einem Emir an der Spitze. Das Land ist ähnlich wie heute schon des öfteren ein Zankapfel zwischen den Ländern und ein für Ausländer gefährlicher Unruheherd gewesen. Wir erinnern nur an die Ermordung der Europäer 1841 in Kabul, an die Rachepolitik des englischen Vizekönigs von Indien gegen Afgsanistan und an die völlige Unterwerfung des Landes unter den englischen Einfluß. Seit Mitte der 70er Jahre datiert das Interessement Rußlands für Afghanistan. Rußland wurde s. Zt. von einem der englandfeindlichen Kronprätendenten zu Hilfe gerufen und nahm den Auftrag der Intervention gegen England an. Seitdem ist das Land ein ständiger Zankapfel zwischen dem englischen und russischen Imperialismus, der sich immer weiter nach Süden auszudehnen sucht und trotz des englischen Widerstandes von Afghanistan im Jahre 1887 die Abtretung von Penschdah, eines mehr als 100 000 Quadratkilometer großen Gebietes, erzwang.

Das Ermächtigungsgesetz.

Was die Mehrheit und was die Minderheit sagt.

Eduard Bernstein führt in der „Breslauer Volkswacht" aus:

Zunächst ist unbestritten und unbestreitbar, daß (bei Ablehnung des Gesetzes) **der Arbeiterschaft und Beamtenschaft keine einzige der Prüfungen erspart geblieben wäre,** mit denen das Ermächtigungsgesetz sie bedroht. Dieses Gesetz ist ja kein Produkt der Laune der gegenwärtigen Regierung der Republik. Es ist das Kind einer Notwendigkeit, vor die jede Regierung sich gestellt finden würde, wie immer sie zusammengesetzt wäre. (Bernstein begründet dies mit der trostlosen Fehlbeitragswirtschaft, die schleunigst beseitigt werden muß.) Von dieser Tatsache ausgehend und in der Ueberzeugung, daß schnelles Handeln auch den Heilungsprozeß beschleunigt, war das Kabinett Marx entschlossen, falls der Reichstag ihm das Ermächtigungsgesetz nicht bewilige, die von ihm zu dem gedachten Zweck für notwendig erkannten Maßnahmen unter Bezugnahme auf den Artikel 48 der Reichsverfassung ins Werk zu setzen. Ob diese Berufung juristisch haltbar ist, erscheint auch mir zweifelhaft. Aber unsere Bedenken, Einwände, Proteste, oder wie man das Ding sonst nennen will, ändern an dem Stand der Dinge nichts, wie er jetzt beschaffen ist und angesichts dessen die Fraktion ihre Entscheidung zu treffen hatte. Und der ist einfach der, daß, wer gegen das Ermächtigungsgesetz stimmte, **faktisch für die Diktatur auf Grund des Artikels 48** gestimmt hätte bzw. hat. Das war die Alternative, vor die die Fraktion gestellt war. Eine andere Wahl gab es für sie in jenem Zeitpunkt nicht, und da die **Diktatur auf Grund des Artikels 48 wesentlich größere Gefahren** in sich schloß, als das Ermächtigungsgesetz in seiner unter Wirkung des Druckes der Fraktion amendierten Form, hätte die Fraktion sich am Interesse der Arbeiterklasse versündigt, wenn sie, um den Schein des Radikalismus zu retten, durch ein — ach, so billiges Nein das Schlimmere über sie heraufbeschworen hätte . . . Ob jedoch die Regierung den Reichstag auflöste oder nicht, durch das Nein der Sozialdemokratie wäre in jedem Falle ein Zustand der **politischen Unsicherheit** in Deutschland geschaffen worden, der sich draußen halt in **neuem Druck auf den Kurs der Mark** fühlbar gemacht hätte. Die Möglichkeit einer dauernden Stabilisierung der Mark und der Glaube des Auslandes an die Stabilität der Republik in Deutschland hängen eng miteinander zusammen. Wer auf irgendeine Weise dazu beiträgt, diesen Glauben zu erschüttern, schädigt das deutsche Volk in seinem Lebenselement, an seinen Wirtschaftsmöglichkeiten . .

Bernstein betont dann nochmals, das Nein der Sozialdemokratie hätte nich die Wirkung haben können, der Arbeiterklasse die Bestimmungen des Ermächtigungsgesetzes zu ersparen. Die politische Wirkung des Nein wäre aber gewesen, daß der Regierung und der hinter ihr stehenden Koalition ein starker Ruck nach rechts gegeben worden wäre. „Und das ist," so schreibt Bernstein, „keine leicht zu nehmende Sache. Je mehr in Deutschland die Regierungsmehrheiten schwanken, die Wage des Schwergewichts der Parteien bald nach rechts und bald nach links sich neigt, Unsicherheit das Signal des Tages wird, um so mehr nähern wir uns jener Situation, wie sie in Frankreich am Vorabend des Staatsstreichs Napoleons III., in Italien am Vorabend des Staatsstreichs Mussolinis herrschte. Diese Dinge kommen nicht aus heiterem Himmel.

Und wenn befürchtet wird, man werde wegen des Votums der Fraktion die Sozialdemokratie für die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes zu gewährigenden Verfügungen verantwortlich machen, so wird das um so weniger geschehen, je mehr alle diejenigen, denen eine gesunde Entwicklung unseres Parteilebens am Herzen liegt, es sich zur Aufgabe machen, die **Arbeiter überall darüber aufzuklären, vor welche Entscheidung die sozialistische Fraktion wirklich gestellt war.** Nur indem man das letztere verschweigt und durch tendenziöse Ausmalung des Sachverhalts der Meinung Vorschub leistet, es habe vom guten Willen der Fraktion abgehangen, das den Arbeitern das erspart blieb, was das Gesetz bringt, kann man jene Mißtrauensvoten gegen die Fraktionsmehrheit erzielen, die als Zeichen einer in den Reihen der Parteimitgliedschaften vor sich gehenden Verhetzung gewiß bedauerlich genug sind, aber niemand einschüchtern werden, der bewußt ist, nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt zu haben."

•

Wir geben als Stimmungsbild über die Gründe der Fraktionsminderheit wieder, was der in dieser Frage zu ihr gehörende Genosse Henke (Bremen) in einer Versammlung in Bremen zum Ausdruck brachte. Genosse Henke gab erst die Gründe der Mehrheit bekannt und bemerkte dabei zu dem unserer Fraktion durchgesetzten Ueberausschuß, daß dieser zwar nur gehört zu werden brauche, „wenn auch mit Recht anzunehmen ist, daß die Regierung nicht strikte gegen den Ausschuß regieren wird." Ueber die Auffassung der Minderheit sagte dann Genosse Henke:

„Die Minderheit wies darauf hin, daß die Regierung Stresemann unsere Forderungen abgelehnt hat und daß wir darum Stresemann gestürzt hätten. Jetzt haben wir ein rein bürgerliches und ausgesprochen reaktionäres von Bayern beeinflußtes Kabinett. Diese Regierung ist also noch mehr nach rechts orientiert als die von uns gestürzte Stresemann-Regierung. Wir wiesen die Mehrheit auf die bedenklichen Steuerpläne der Regierung Marx, auf ihre Absichten auf Wiedereinführung der Goldmieten usw. hin. Die Finanzlage des Reiches ist trostlos, aber die Regierung Marx will sie durch Neubelastung, vor allem der Unbefitzenden, aufbessern. Der Beamtenabbau ist von den Bürgerlichen durchaus mit seinem Schwergewicht in die untere Beamtenschaft verlegt, wir sehen jetzt schon eine gewaltige Erregung der Beamtenschaft. Einen solchen Beamtenabbau konnten wir nicht decken. Wir sagten weiter: durch die Reichstagswahlen müssen wir doch hindurch, trotz all der teilweise gewiß sachlichtigen Argumente gegen die schleunige Neuwahl. Wir sagten schließlich: einmal stürzten wir eine Regierung, die unsere Forderungen ablehnte und jetzt will man einer Regierung, die denselben Kurs verfolgt, ein indirektes Vertrauen aussprechen.

Die Erregung der Genossen im Lande über die letzten Entscheidungen ist gewiß verständlich. Die Erregung mußte infolge der allgemeinen Not der Arbeiterschaft besonders stark sein.

Vor der Auflösung des bayerischen Landtags.

Verminderung der Ministerien von 8 auf 5. • Verminderung der Zahl der Abgeordneten um ein Drittel.

München, 21. Dezember. (Eig. Drahtbericht.)

Der Donnerstagsitzung des Landtags, die auf nachmittags 4 Uhr angesetzt war, gingen seit dem frühen Morgen Sitzungen der einzelnen Fraktionen voraus, die immer wieder durch interfraktionelle Besprechungen unterbrochen wurden. Diesen Beratungen lag der Antrag der Bayerischen Volkspartei auf Auflösung des Landtags nach § 31 der Verfassung zugrunde. Die sozialdemokratische Fraktion ist bereit, diesem Antrag zuzustimmen, wenn zuvor ein neues Wahlgesetz geschaffen wird und durch die Aufhebung des Ausnahmezustandes die Wahlfreiheit garantiert ist. Die Fraktion stellte deshalb Abänderungs-Anträge, die vorsehen, daß vor Inkrafttreten des Auflösungsbeschlusses eine Abänderung des Landeswahlgesetzes und der Landeswahlverordnung vom Jahre 1920 durchgeführt wird, wobei die Zahl der Abgeordneten etwa auf die Hälfte der bisherigen herabzusetzen wäre; ferner soll das Gesamtministerium sofort der Kabrschen Ausnahmezustand aufheben und Garantien dafür bieten, daß während der Wahlzeit ein Ausnahmezustand in keiner Form wieder eingeführt, vielmehr die Versammlungs- und Pressefreiheit und die Freiheit der Person sichergestellt wird. Auch die deutschnationale Mittelpartei ist für die Auflösung des Landtags, wenn die Regierung gleichzeitig durch einen Gesetzentwurf die Zahl der Abgeordneten um mindestens ein Drittel und die Zahl der Ministerien von 8 auf 5 vermindert.

Zu Beginn der Plenarsitzung, die wiederum einen außerordentlichen Andrang aufwies, entspann sich eine zweistündige Geschäftsordnungs-Debatte über die Behandlung der eingebrachten Anträge. Völlig ratlos und widerspruchsvoll wurde die Beratung des Antrages der Bayerischen Volkspartei und der Anträge der Mittelpartei im Plenum beschlossen, während die übrigen Anträge in die Ausschüsse wandern sollen. Diese Verwirrung wurde insbesondere angerichtet durch die Mittelpartei, deren 19 Mitglieder jede Einheitlichkeit vermissen ließen und ganz verschieden abstimmten. Daraus erhellt ohne weiteres die Spaltungskrise in dieser Partei, die in einer widernatürlichen Ehe mit der Deutschen Volkspartei lebt, und andererseits einige ihrer Mitglieder im Lager der Deutschvölkischen stehen hat.

Nach 1½stündiger Aussprache über die dem Plenum überwiesenen Anträge der Bayerischen Volkspartei und der Mittelpartei wurde zunächst der Antrag der Bayerischen Volkspartei auf **sofortige Auflösung des Landtags zurückgestellt,** bis die dem Ausschuß überwiesenen Abänderungsanträge erledigt sind. Bei der Abstimmung über den Antrag der Deutschnationalen Mittelpartei wurde der Antrag, der eine Abänderung des Wahlgesetzes zur Verminderung der Zahl der Abgeordneten um ein Drittel verlangt, mit allen gegen die Stimmen der Bayerischen Volkspartei angenommen. An der namentlichen Abstimmung über den Absatz, der eine Verminderung der Zahl der Ministerien auf 5 verlangte, beteiligten sich 142 Abgeordnete; davon stimmten 73 für den Antrag, 10 dagegen (Bauernbund) und 59 enthielten sich (Bayerische Volkspartei), auch dieser Antrag war damit angenommen.

Ueber die Art der Zusammenlegung der Ministerien läßt sich noch nichts Bestimmtes sagen. Voraussichtlich verschwinden die Ministerien für soziale Fürsorge, Handel und Landwirtschaft oder diese drei Ministerien werden in einem Wirtschaftsministerium zusammengefaßt und das Justizministerium mit dem Innenministerium vereinigt.

(Siehe auch Seite 2.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219231221-19/fragment/page=0001

Diesem offensichtlichen Umstand Rechnung zu tragen, wäre richtig gewesen. Weil man in den Stresemann-Kabinetten Fiasko erlitten hatte, durfte man nicht noch den Fehler der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz machen. — Darf man nun wegen dieser Tatsache der Partei den Rücken kehren? Nein, die mit der Politik unzufriedenen Massen brauchen doch nur ihre demokratischen Parteirechte auszuüben! Es muß gewarnt werden davor, den Genossen der Mehrheit den Vorwurf der Dummheit oder des schlechten Willens zu machen."

•

Die Ausführungen Bernsteins sowie Henkes bewiesen, daß es beider Flügeln um nicht mehr und nicht weniger als die bestmögliche Wahrung der Interessen der Arbeiterschaft geht. Unter solchen Umständen muß es allen Parteigenossen möglich sein, in loyaler Weise nebeneinander eben für die Interessen der Arbeiterschaft zu arbeiten.

Die Krise in Sachsen.

Aus Dresden wird uns geschrieben:

Ein Wirbelsturm von Mißtrauensanträgen hat das sozialdemokratische Minderheits-Kabinett Fellisch gestürzt — und rattlos versuchen nun die Parteien, die Scherben wieder zusammenzukleistern, weil ihnen vor ihrem eigenen Mut bange geworden ist und weil die Folgen dieser leichtsinnig heraufbeschworenen Krise noch ernster zu werden drohen, als man ursprünglich ahnte — und ahnen konnte.

Vier offene Regierungskrisen bzw. Neu- oder Umbildungen hat Sachsen in diesem für die sächsische Politik ereignisreichsten Jahre bereits durchgemacht und ist dabei immer tiefer in den Abgrund gestürzt. Vier schwere Kämpfe, viermal derselbe traurige Schluß — und immer wieder Versuche auf gleicher Basis? Man sollte annehmen, daß auch der Unbelehrbarste an vier negativen Experimenten — die durch die parlamentarischen Kräfteverhältnisse bedingt sind — genug hat. Aber keineswegs. Und so kommt es denn, daß die jetzige Krise die schwerste ist und daß jeder Rückfall den Tod des gequälten Patienten befürchten lassen muß. Trotzdem aber mußte auch diesmal wieder der allerdings von vornherein erfolglose Versuch unternommen werden, die Krise mit den alten Mitteln zu bannen, da der sächsische Landesparteitag, der selbst in einer Atmosphäre politischer Fieberhitze zustande kam, das Regept vorher beschlossen hatte: nach dem Rücktritt des Kabinetts Fellisch zunächst mit den Kommunisten Verhandlungen anzubahnen. Mit dem Schlachtruf: „Sachsen ist krank — und braucht einen Arzt!" gingen die Delegierten unserer Fraktion zur KPD., um einen Vergleich auf dem Boden eines Kabinetts Arzt-Liebmann vorzuschlagen. Aber die Delegation legte ihre Mandate sehr bald und aufs tiefste enttäuscht in die Hände der Fraktion zurück. Sie war bis an die Grenze des Möglichen gegangen und heraus: vergebens alle Vermittlungsversuche ins Feld geführt. Ihre Berichterstattung über die mißlungenen Versuche veranlaßten Fraktion und Landesinstanzen geschlossen die Möglichkeit einer Koalitionsregierung mit den Kommunisten zu verneinen.

Was nun? Koalition mit den Demokraten, Große Koalition oder Landtagsauflösung und Neuwahlen? Da eine sozialistisch-demokratische Regierung wirklich ersprießlich nur mit Duldung der Deutschen Volkspartei geduldet werden kann, weil die sozialdemokratische und demokratische Fraktion nicht die Mehrheit, sondern nur die Hälfte der Gesamtstimmenzahl auf sich vereinigen, wächst die Zahl derer, auch in der MSPD., die einen entschlossenen Weg gehen und die Große Koalition zustande bringen wollen, die sich ja auch in Preußen seit Jahr und Tag im großen und ganzen bewährt hat.

Die letzte Entscheidung hierüber liegt auf Grund der Beschlüsse des sächsischen Dezemberparteitages bei den Parteigenossen im Lande selbst, die durch ihre Delegierten auf einem neu einzuberufenden Landesparteitag über die weiteren Mittel zur Lösung dieser Krise zu entscheiden haben. Der neue Parteitag hätte dann zunächst die Fragen zu beantworten, ob die von den Demokraten und der Deutschen Volkspartei angestrebte Große Koalition zustande kommen soll, was die Partei von Neuwahlen erwarten kann und ob das Resultat die aufgewandte Arbeit, die Mühen und Geldmittel lohnen wird.

Mit Sicherheit kann über das voraussichtliche Ergebnis der Neuwahlen natürlich nichts gesagt werden. Die Aussichten sind für die MSPD. eher gut als schlecht. Unser heftes Propagandamaterial hat zum großen Teile die Reichswehr und General Müller persönlich geliefert, die Partei ist vorbereitet. Aber auch bei allerbestem Erfolge können wir nicht darauf rechnen, unter den jetzigen Verhältnissen eine absolute sozialistische Mehrheit zu erlangen, also neun Mandate gleich 25 Prozent der bisherigen Fraktionsstärke zuzugewinnen. Wenn man hinzurechnet, daß besonders die kommunistische Fraktion in ihrer Wahlpropaganda durch die äußeren Umstände außerordentlich behindert wird, so muß man zu dem Resultat kommen, daß das Verlangen nach Neuwahlen in diesem Augenblick nicht angebracht ist. Es kommt hinzu, daß es mehr als unsicher ist, ob für den neuen Landtag die proletarische Mehrheit überhaupt erhalten bleibt. Das mag den Kommunisten, für die das Parlament nur eine Station bedeutet, gleichgültig sein — für die Arbeiterschaft wäre diese Veränderung der parlamentarischen Lage eine Gefahr. Gewiß hat der Gedanke im Augenblick etwas Verlockendes, als Minderheit in die Opposition zu gehen, um — vielleicht — nach einem Jahre durch Neuwahlen die absolute Mehrheit zu erobern. Aber dieser Gedanke ist, wie gesagt, nur im Augenblick verlockend. Was kann in einem Jahre geschehen und was kann verhindert werden? Bei näherer Prüfung dieser Frage muß man zu dem Schluß kommen, daß es ein Unglück wäre, die Arbeiterschaft auf ein Jahr oder länger der Diktatur einer reaktionären Regierung zu überlassen. Noch dazu, wo die Gefahren bereits da sind und es an sich schon kaum tragbar ist, in diesem Augenblick die Hände zur Fesselung hinzuhalten.

Wozu also Neuwahlen? Lohnt der Wahlkampf wirklich, wenn man sich schließlich sagen muß, daß im günstigsten Falle die Mehrheitsverhältnisse unverändert bleiben? Dann stehen wir bei Eröffnung des neuen Parlaments am gleichen Punkte wie bei der Verabschiedung des alten, die Lage wäre nach außen dieselbe und der Arbeiterschaft wäre nicht geholfen. Im Gegenteil: denn der monatelange Stillstand in der Gesetzgebungsmaschine des Landes ist nicht leicht wieder einzuholen und die während dieser Zeit verpaßten Gelegenheiten wären ein für allemal dahin.

•

Was die Kommunisten forderten.

Dresden, 21. Dezember. (Eig. Drahtbericht.)

Der Landesarbeitsausschuß der LSPD. stellt am Donnerstag in einer Zuschrift an die Parteipresse fest, daß der Versuch, mit kommunistischer Unterstützung eine sozialdemokratische Minderheitsregierung aufrechtzuerhalten, an den unmöglichen Forderungen der KPD. scheiterte. Es heißt in der Zuschrift u. a.: Z. B. verlangten die Kommunisten die Bewaffnung der Arbeiterschaft und Demonstrationen, um auf der Straße gegen die Militärdiktatur zu protestieren. Sie forderten eine Taktik, die angesichts der Situation im Lande und der gegebenen Machtverhältnisse zu einer sicheren Niederlage der Arbeiterschaft führen müßte. Die Kommunisten wollen offenbar zurzeit keine Verständigung mit unserer Partei. Sie hatten sich bereits vor den Verhandlungen auf Neuwahlen des Landtages festgelegt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß es zurzeit nicht in Frage kommen kann, daß Kommunisten in die Regierung eintreten.

Am Dienstag befaßte sich die Landtagsfraktion der MSPD. mit der nunmehr gegebenen Lage. Sie beschloß, eine Kommission von drei Männern zu wählen, um mit den Demokraten in Fühlung zu treten. Aufgabe der Kommission sollte sein, festzustellen, unter welchen Bedingungen ein Zusammenarbeiten mit den Demokraten möglich sein würde. Die Minderheit der Landtagsfraktion bekämpfte die Entsendung einer solchen Kommission.

Weiter wird in dem Schreiben der Landesinstanzen die Bildung einer Koalitionsregierung wie auch die Einberufung eines Landesparteitages bekämpft und die Auflösung des Landtages verlangt. Die sächsische Partei, so schließt der Bericht, hat sich auf alle Fälle auf einen entscheidenden Wahlkampf einzustellen, damit eine klare sozialistische Politik über die Machtansprüche der kapitalistischen Parteien und die parteiegoistischen Dogmen der KPD. den Sieg davonträgt.

Aufhebung des Ausnahmezustands in der ersten Januarhälfte? Reichswehrminister Dr. Geßler empfing anläßlich seines Aufenthalts in Dresden auch eine Delegation der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, die u. a. auf das Unhaltbare des schon viel zu lange dauernden Ausnahmezustands hinwies. In unterrichteten Kreisen wird angenommen, daß der Ausnahmezustand noch in der ersten Januarhälfte aufgehoben wird.

Das geplante Attentat.

Rücktritt des bayerischen Landwirtschaftsministers.

Der wegen der Absicht eines Attentats gegen den Generalstaatskommissar in Haft genommene stellungslose Schauspieler ist ein gewisser Hans Barthel aus Sachsen. Er wurde bereits dem Gericht zugeführt, da er den Plan eines Attentats zugegeben hat.

Demonstrationen oder Versuche der Störung der öffentlichen Ordnung von rechtsradikaler Seite waren im Laufe des Donnerstag bis in die Abendstunden nicht zu verzeichnen.

Infolge der Haltung, die der Bayerische Bauernbund bei der Beratung und Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz am Mittwoch eingenommen hat, hat, wie zu erwarten war, der dieser Partei angehörende Landwirtschaftsminister Wutzlhofer am Donnerstag offiziell sein Rücktrittsgesuch eingereicht.

Deutschvölkische Infamie.

Im Börsenteil der „Deutschen Zeitung" vom Donnerstagabend kann man folgendes finden:

„Amsterdam und Zürich meldeten festere Markkurse, eine Erscheinung, die im Anbetracht der bevorstehenden neuen Reichsschatzwechselfinzahlung einigermaßen verwunderlich wirken muß."

Eine perfidere Stimmungsmache gegen die Mark ist kaum denkbar! Ein deutsches, patentinternationales Blatt diskreditiert bewußt und absichtlich die deutsche Währung. Es tut dies außerdem mit völlig falschen Argumenten. Denn die Ausgabe von Reichsschatzwechseln, die bei der Reichsbank nicht begeben und infolgedessen auch nicht in Banknoten verwandelt werden, hat mit Inflation nicht das geringste zu tun. Es ist also nur die echt völkische Infamie der Gesinnung, die hier hervorbricht.

Wirtschaftspolitik.

Der abgelehnte Rentenmarkkredit.

Die Ausgabe von Rentenmarkschatzanweisungen.

Zu dem Antrag des Reichsfinanzministers an die Rentenbank auf Erhöhung der Kredite an das Reich hören wir: Der Reichsfinanzminister hat sich zu dem Antrag auf Erhöhung der Kredite veranlaßt gesehen, um die sogenannten Betriebskredite zu erhalten, bis zu der Zeit, in der die neuen Einnahmequellen zu laufen beginnen.

Nach den gesetzlichen Bestimmungen kann die Rentenbank an das Reich Kredite bis zu dem Betrage von 3200 Millionen Rentenmark geben. Der Antrag des Reichsfinanzministers sah aber einen geringeren Betrag über die Summe hinaus vor, die bisher dem Reich als Kredit gegeben worden ist. Die beantragte Summe überschreitet keineswegs das gesetzlich zulässige Maß. Die Rentenbank hat sich aus Zweckmäßigkeitsgründen auf einen ablehnenden Standpunkt gestellt. Nach dieser Ablehnung hält es der Reichsfinanzminister für unumgänglich, daß Rentenmark-Schatzanweisungen ausgegeben werden. Im Zusammenhang mit diesem Antrag des Reichsfinanzministers sind Auslassungen in der Presse erschienen, die geeignet sind, Beunruhigung bezüglich der Rentenmark hervorzurufen. Diese Darstellungen sind um so mehr zu beurteilen, als auch nicht der geringste Anlaß zu einer solchen Befürchtung besteht. Was die Deckung der Rentenmark betrifft, so sei erneut darauf hingewiesen, daß das Kapital allein des unbesetzten deutschen Gebietes vollauf zur Deckung genügt. Auch die Aufnahme eines Betriebskredits, wie es der Reichsfinanzminister beantragt hat, würde keinerlei Einflüsse in inflationistischem Sinne erzeugt haben. Die Ausgabe der Rentenmark-Schatzanweisungen wirkt vielmehr gerade im Gegenteil deflationistisch, da die Schatzanweisungen geeignet sind, die Rentenmark einzuziehen.

Der Dollar am Donnerstag.

Dollar 4,2 Billionen.

1 Dollar Schatzanweisungen . . . . . = 4,2 Billionen Papiermark.
1 Dollar Goldanleihe (4,20 Goldmark) = 4,2 Billionen Papiermark.
1 Gold- oder Rentenmark . . . . . = 1 Billion Papiermark.

•

An der Neuyorker Schluß- und Nachbörse wurde die Mark mit einer Dollarparität von 4 Billionen gewertet.

Aus aller Welt.

Prinz von Ysenburg.

Einer der „großzügigsten" Hochstapler, der in Berlin und anderen deutschen Großstädten auf großem Fuße lebte, ist jetzt in Koburg hinter Schloß und Riegel gebracht worden. In vielen Städten trat eine Zeitlang ein Mann auf, der sich Baron v. Ohr oder Baron v. Brandenstein nannte. Er ließ aber durchblicken, daß er in Wirklichkeit Hans Horst Prinz v. Ysenburg heiße. Er trat sehr sicher und vornehm auf, hatte große Begleitung und mietete in den verschiedenen Hotels stets eine ganze Zimmerflucht. Auch ausgedehnte Automobilfahrten wurden unternommen. In allen Hotels vergaß der „Prinz" aber die Rechnungen zu begahlen. Auch Hotelangestellte wurden um ihr Geld betrogen. Jetzt endlich wurde der Betrüger ganz mittellos in Koburg verhaftet. Er ist in Wirklichkeit der aus Kassel stammende Kaufmann Alexander Rogge, der als Darlehnsschwindler in Berlin und anderen Großstädten schon bestraft ist.

Feuer in einer Berliner Papierfabrik. In der vergangenen Nacht brach in der Chromolithographischen Kunstanstalt und Luxuspapierfabrik der Radicke-A.-G. in der Markusstraße 8 ein Feuer aus, das sehr schnell große Dimensionen annahm. Ehe der Brand bemerkt wurde, waren die Flammen auf die im dritten Stockwerk gelegenen Fabrikräume von Zehntner übergesprungen. Obgleich die Feuerwehr sofort mit vier Schlauchleitungen vorging, geriet auch noch ein Teil des Daches in Brand. Erst nach mehreren Stunden war das Feuer gelöscht. Die Aufräumungsarbeiten zogen sich bis in die späten Vormittagsstunden hin. Der Sachschaden ist riesig.

Der Flug zum Nordpol. Aus Christiania wird gemeldet: Roald Amundsen teilt mit, daß sein Plan einer Flugexpedition von Spitzbergen über den Nordpol nach Alaska sich verwirklichen werde. Die Marine der Vereinigten Staaten stelle ihm einen ihrer tüchtigsten Fliegeroffiziere, den Leutnant Davison, zur Verfügung. Der Aeronautical Digest habe die Finanzierung des Unternehmens in die Hand genommen, und zwar mit Hilfe von Polarpostkarten. Die Expedition werde über drei Flugzeuge verfügen, die zurzeit auf der Dornier-Werft in Friedrichshafen gebaut würden. Der Flug werde in der Zeit vom Mai bis August ausgeführt werden. Hauptteilnehmer der Expedition würden außer ihm selbst und Davison der Schiffsreeder Hammer und Oskar Omdal sein.

Lessing: „Minna von Barnhelm".

Erstaufführung in der Freien Volksbühne.

Man nennt „Minna von Barnhelm" das beste deutsche Lustspiel. Man sollte sagen: Es war es. Nicht immer kann man rechtfertigen, was wegen einzelner schöner und in deutschem Sinne wahrhaftiger Züge unsere Bewunderung erheischt. Durch Lessings Welt tänzelte rosa und hellblaues Rokoko: Es war die Epoche der französischen Galanterie, des verwegenen Gedankenspiels in höflich-kühner Konversation, des Aneinandervorüberredens. Man hatte Gesellschaft, aber nicht den klugen, weil erkenntnisreichen und konsequenten Menschen. In dieser Zeit der sozialen Finsternis erhob Lessing seine Stimme, anfangs professorel und kritisch, dann aber scharf wie ein Richter, und hell wie ein Prophet und Weiser zugleich. Sein Lustspiel ist Spiegel seines Säkulums: des in Kleinen aufeinandergeschichteten Preußen. Aber ob Oben oder Unten, ob Major oder Bursche, Minna oder Franziska, sie alle tragen die Züge reinster Menschlichkeit. Sie sind gut, auch wenn sie dumm sind, und sie kämen schneller zu ihrem und ihrer Mitwelt Glück, wenn es in ihrem Gehirn immer so blitzte wie aber ihren Kleidern.

Die Aufführung glitt aus Alfred Durras erprobten Händen sicher, doch im allgemeinen noch nicht kristallen und zündend genug über die Bühne. Sie hatte einzelne Herrlichkeiten, aber es fehlte das Niveau des Ganzen in allen Aufzügen strahlenden Gesamtkörpers. Erlesen und groß zugleich in Haltung, Sprache und echt schauspielerischem Impuls stand im Brennpunkt des Spiels als Titelträgerin Paula Thetter, die wir endlich wieder in einer bedeutsamen Rolle sehen durften. Sie schuf, indem sie durch alle Windungen ihrer außerordentlichen Möglichkeiten die Minna bis nahe an eine königliche Kurtisane und bis an den harten Atem der Tragödin heranspielte, auf gewagtesten Kurven das auf der Grenze des Wahrhaftigen und Glaubwürdigen noch Erreichbare. Sie bereinte Geist und Liebe, Talent und Vollblut — und das ist viel. Kurt Weiße stärkte seinem Tellheim durch zuchtvolle äußere Maße die lebendigen inmenschlichen Triebe; obwohl ihm im ersten Aufzug mehr Farbe zu wünschen ist. Berthel Gretzer entwarf eine allerliebste Kammerzofe. Alfred Walter einen Just, dessen Komik nicht ohne Tragik, dessen Tragik nicht ohne Komik war. (Die Erzählung vom Pudel: meisterlich!) Den unvergänglichen Spuren eines altpreußischen Wachtmeisters folgte Robert Förster mit nicht geringer Begabung. Otto Tiedemann (der Wirt) hatte die Stimme des lachfustigen Publikums namentlich im kapriziösen Kammerdiener Nonko Minna-Franziska-Wirt für sich. Den Marktinielle spielte Durra mit Vollendung, stink und spitz wie ein Florett und das Deutsch noch nicht nasal genug korkend.

Werner Schumann.

* **Stadttheater.** Heute, Freitag, 7½ Uhr: „Am Teetisch"; nachmittag 3 Uhr: „Der Froschkönig". Sonnabend 3 Uhr: „Der Froschkönig"; Sonnabend abend: „Der Schatzgräber". Sonntag nachmittag 3 Uhr: „Der Froschkönig"; abend 7½ Uhr: „Aida". Am Montag, den 24. Dezember, bleibt das Theater geschlossen. Am 1. Feiertag, nachmittag 3 Uhr: „Der Froschkönig"; abend 7 Uhr: „Zannhäuser". Am 2. Feiertag, nachmittag: „Der Froschkönig"; abend 7½ Uhr: „Die Frau im Hermelin". — Im Thalia-Theater findet am 1. Feiertag die Aufführung von „Flachsmann als Erzieher" und am 2. Feiertag die von „Am Teetisch" statt. Karten im Vorverkauf an der Kasse des Stadttheaters. Das Tiedstag-Abonnement erfährt seine Vorstellung am Donnerstag, dem 27. Dezember; an diesem Tage kommen „Die lustigen Weiber" zur Aufführung. Das Freitag-Abonnement bleibt bestehen; es geht an diesem Tag: „Die Frau im Hermelin" in Szene.

Sind Reptilien zu dressieren? Hagenbeck hat das Wort geprägt, daß Reptilien die am schwersten zu dressierenden Tiere seien. Gute Behandlung mache auf sie keinen Eindruck, Hunger verfange bei ihnen auch nicht; denn sie seien durch ihre Konstitution in der Lage, Hunger oft monatelang zu ertragen, ja, sie seien sogar daran gewöhnt. Und eine Züchtigung sei nach ihrer ganzen Gestalt ausgeschlossen. Wenn trotzdem bei ihnen eine Dressur möglich ist, so ist sie nur primitiver Natur, und fast regelmäßig auf den Einfluß von Musik zurückzuführen, die sie lieben. Besonders über die Schlangendressur äußert sich neuerdings August Wilhelm Mielosch in der „Natur". Schlangen sind für Wärme sehr empfänglich. Sie ringeln sich daher gern um den warmen Körper der „Beschwörer". Kühle harmloser Schlangen können Fakire daher auch ruhig in den Mund nehmen, weil sie von der Wärme angelockt werden. Bewegungen, die einen Tanz darstellen sollen, bedeuten nichts weiter als nervöse Zuckungen. Wenn es den Anschein hat, als folge eine Schlange den Beschwörungen ihres Bändigers, so liegt hierin eine überaus geschickte Manipulation des letzteren: nicht die Schlange paßt sich den Bewegungen des Mannes an, sondern dieser den Bewegungen der Schlange. Diesen Anschein zu erwecken, bedeutet allerdings eine Kunst für sich. Tatsächlich gibt es aber auch Bändiger, die einen großen Einfluß auf die Reptilien auszuüben vermögen. Es sind aber nur wenige, die sich dieses Erfolges rühmen können, und diese Bevorzugten bewahren das Geheimnis ihres Erfolges auf das strengste.

Der Hebbelpreis 1923 wurde dem Dichter Hugo Wolfgang Philipp für sein Lustspiel „Das glühende Einmaleins" und seine Kosmosophie „Die Welt im Blickpunkt" zuerkannt.

Bücher und Schriften.

Den Werdegang eines großen Entdeckers zu verfolgen bietet besonderen Reiz. Einen tiefen Einblick in Sven Hedins Forscherleben eröffnet der soeben erschienene 2. Band der bekannten Sammlung „Reisen und Abenteuer" (Brockhaus, Leipzig), der den Titel „An der Schwelle Innerasiens" trägt. Schon das Einbandbild läßt erkennen, daß über die Schwelle Innerasiens nur ein kühner Forscher gelangen konnte, den ein fester und unbeugsamer Wille beseligte und der sich durch kein noch so drohendes Hindernis schrecken ließ. Es sind die ersten Schritte, die der damals 28jährige schwedische Forscher in dem Gebiete tat, das ihn wenige Jahre darauf als den erfolgreichsten Entdecker wiedersehen sollte. Hedin schildert seinen Aufenthalt in der Märchenstadt Samarkand, der einstigen Residenz des vor Jahrhunderten in ganz Asien und Europa gefürchteten Despoten Timur Lenk. Ja Kaschgar trat er zum erstenmal in Berührung mit der chinesischen Welt, wobei es verschiedene abenteuerliche Zusammenstöße gab. Der Heimweg führte ihn an sagenreichen Ruinen vorbei. In pietätvoller Anhänglichkeit scheute er den weiten Umweg nicht, um zu dem einsam gelegenen Grab des berühmten russischen Asienforschers Przewalskij zu wallfahren. War dieser russische General doch der Mann, der durch seine Forschungsberichte Hedin auf Innerasien als das Gebiet seiner Tätigkeit hingelenkt hat. Die Ausstattung mit Bildern ist wieder reich und mustergültig; wir finden darunter eine ganze Anzahl Handzeichnungen Hedins und auch Bilder nach Zeichnungen des berühmten russischen Malers Wereschtschagin.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219231221-19/fragment/page=0002

Brutaler Rechtsbruch der Bergherren.

Die Kaliwerksbesitzer diktieren aus eigenem „Recht" die Arbeitszeitverlängerung.

Der Arbeitgeberverband für die Kaliindustrie hat sich jetzt ebenfalls das vom Rheinisch-Westfälischen Zechenverband versuchte Vorgehen gegen die Arbeiterschaft zu eigen gemacht. Plötzlich befiehlt auch er ohne jeden Versuch zu Verhandlungen mit den Arbeitnehmern eine Verlängerung der Arbeitszeit von 8 Stunden für den unterirdischen Betrieb und 10 bzw. 12 Stunden für die Arbeiter über Tage. Für den Fall der Ablehnung dieses Diktats wird die Entlassung und Schließung der Betriebe angedroht. Selbstverständlich begründen die Unternehmer ihr Vorgehen mit der Notwendigkeit der „Produktionssteigerung", aber sie lehnten es ab, mit den Arbeitnehmervertretern über die Verbilligung der Produktion und den Abschluß eines Ueberschichtenabkommens auf tariflicher Grundlage zu verhandeln.

Es ist selbstverständlich, daß die Arbeiter die grobe Verletzung gesetzlicher Bestimmungen durch die Kaliindustriellen ebenso ablehnen müssen, wie es vor Wochen durch die Bergarbeiter gegenüber dem Zechenverbande im Ruhrgebiet geschah. Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands richtet für die am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften folgenden

Aufruf an die Arbeiter und Angestellten in der Kaliindustrie.

Unter grober Verletzung der gesetzlichen Verordnung über die Regelung der Arbeitszeit, des Gesetzes über die Arbeitszeit im Bergbau, des Betriebsrätegesetzes, des Tarifvertrages und der Arbeitsordnung hat der Arbeitgeber-Verband für die Kaliindustrie zum 21. Dezember eine Verlängerung der Arbeitszeit diktiert. Sie befehlen einfach 8½ Stunden für den unterirdischen Betrieb, 10 bzw. 12 Stunden für die Arbeiter über Tage. Falls sich die Arbeitnehmer diesem Diktat nicht fügen wollen, drohen sie mit der Schließung der Betriebe. Diese Maßnahmen werden von den „arbeiterfreundlichen" Arbeitgebern drei Tage vor dem Feste der Liebe ergriffen!

Die Unternehmer begründen ihr Vorgehen mit der Notwendigkeit, die Produktion zu steigern. Die Arbeitnehmerorganisationen haben nie Zweifel darüber gelassen und vielfach durch die Tat bewiesen, daß sie bereit sind, volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen. Hingegen hat es der Arbeitgeber-Verband für die Kaliindustrie abgelehnt, mit den Arbeitnehmervertretern über die Verbilligung der Produktion und den Abschluß eines Ueberschichtenabkommens auf tariflicher Grundlage zu verhandeln.

Das Vorgehen der Unternehmer ist ein unerhörter Vorgang in der Geschichte der Regelung von Arbeitsbedingungen, soweit sie durch Gesetz und Vertrag geordnet waren. Es schließt sich würdig dem Vorgehen des Rheinisch-Westfälischen Zechenverbandes an. Wie in Rheinland-Westfalen, so darf sich auch in der Kaliindustrie kein Arbeiter, kein Angestellter, keine Gewerkschaft, keine Regierung, die Ordnung im Staat und in der Wirtschaft wollen, ein derartiges diktatorisches Vorgehen gefallen lassen.

Die unterzeichneten Organisationen fordern deshalb die Arbeiter und Angestellten des Kalibergbaues auf, sich nur an die gesetzlichen Bestimmungen, die Arbeitsordnung und den Tarifvertrag zu halten.

Die Unternehmer haben kein Recht, vertragliche Arbeitsbedingungen einseitig zu ändern. Jedem Versuch auf eine solche Aenderung haben Gewerkschaftsvertreter, Betriebsräte und Belegschaften energisch entgegenzutreten. Der brutale Rechtsbruch und Vertragsbruch der Kaliwerksbesitzer muß von der Arbeiterschaft mit überlegener Ruhe, die sich stützt auf das vertragliche und gesetzliche Recht, zurückgewiesen werden.

Die Kaliarbeiter haben die Pflicht, weiter zu arbeiten wie bisher und sich ruhig, aber entschlossen gegen die einseitige Aenderung der Arbeitsbedingungen zu wehren. Die Belegschaftsmitglieder müssen zu der gewohnten Zeit zur Arbeit oder Anfahrt erscheinen. Alle an der Seilfahrt Beteiligten haben wie bisher zur gewohnten Zeit ihre Pflicht zu erfüllen und sämtliche Belegschaftsmitglieder müssen nach Beendigung der tariflichen Arbeitszeit die Betriebe verlassen.

Die an dem Tarifvertrag für den Kalibergbau beteiligten Organisationen übernehmen die Führung in diesem gerechten Kampfe und ersuchen alle Arbeiter, für Ruhe und Ordnung besorgt zu sein und sich streng an die Weisungen der Organisationen zu halten. Nur so kann dieser Kampf zu einem guten Ende geführt werden.

Für die am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften:
Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bezirksleitung Halle.

Bergarbeiter, wehrt den Anschlag ab!

Auf einzelnen Braunkohlenwerken haben die Unternehmer folgenden Aushang bekanntgegeben:

„Nachdem die wiederholten Verhandlungen der beiderseitigen Organisationen auf Wiedereinführung der Vorkriegsarbeitszeit gescheitert sind, bleibt uns nach Ansicht des Reichsarbeitsministeriums nur (!) noch der Weg, diese für die Lebensfähigkeit des Braunkohlenbergbaues ausschlaggebende Frage örtlich unmittelbar zu regeln, wie das auch bereits in anderen Revieren geschehen ist.

Wir führen daher mit dem 2. Januar 1924 die Vorkriegsarbeitszeit wieder ein, nachdem an diesem Tage entgegenstehende tarifliche Bestimmungen nicht mehr vorhanden sind. Denjenigen, welche die neue Arbeitszeit nicht einhalten, kündigen wir mit dem 1. Januar die Arbeit. Alle diejenigen, die gewillt sind, die neue Arbeitszeit einzugehen, haben sich bis zum 22. Dezember 1923 zu melden."

Diese Maßnahme der Unternehmer bedeutet, wie bereits mehrfach betont, einen glatten Rechtsbruch und einen Verstoß gegen die guten Sitten. Noch hat der § 78 des Betriebsrätegesetzes Gültigkeit, in dem es ausdrücklich heißt: „**Der Arbeiterrat hat bei Festsetzung der Arbeitszeit, insbesondere bei Verlängerung und Verkürzung der regelmäßigen Arbeitszeit mitzuwirken.**"

Der Rechtsstandpunkt ist also klar. Wo trotzdem sich die Unternehmer über die Gesetzesbestimmungen hinwegsetzen, müssen die Arbeitnehmer sofort Einspruch erheben und die zuständigen Organisationen benachrichtigen.

Kameraden! Es kommt jetzt darauf an, dem Unternehmertum zu zeigen, daß die Bergarbeiterschaft nicht zerrissen ist, sondern einig und geschlossen hinter den Maßnahmen des Bergarbeiterverbandes steht.

Die Mansfelder Arbeiterschaft einmütig in der Abwehr.

Daß die Arbeiterschaft des Bergbaues nicht daran denkt, sich willenlos dem Diktat des Grubenkapitals zu fügen, lehrte der Verlauf von fünf Massenversammlungen, die am gestrigen Donnerstag im Mansfelder Erzrevier stattfanden. Tausende von Bergarbeitern strömten in Versammlungen, die in Eisleben, Helbra, Klostermansfeld, Hettstedt und Gerbstedt stattfanden. Ueberfülle und entschlossener Abwehrwille waren das Kennzeichen der Versammlungen. Tausende mußten wieder umkehren, weil sie keinen Platz fanden. Die Ausführungen der Redner des Bergarbeiterverbandes fanden einhellige Zustimmung. Mit Ausnahme von Eisleben, wo ein Redner des Metallarbeiterverbandes sprach, wurde nirgends eine Diskussion für notwendig erachtet. So einig waren sich die Kameraden. Nur dem sattsam bekannten Lademann blieb es vorbehalten, in Eisleben mit Unterstützung einiger Jugendlicher unsolche Sprengungsversuche zu unternehmen. Sie wurden glatt abgewiesen. Am Sonnabend finden in Halle unter Vorsitz des Reichsarbeitsministers Verhandlungen über eine tarifliche Regelung der Arbeitszeit statt.

Bergarbeiter Mitteldeutschlands! Folgt dem Beispiel der Mansfelder und anderer Belegschaften, die sich nicht ins Joch zwingen lassen wollen. Lehnt jedes Ansinnen und jede Sondervereinbarung mit dem Unternehmertum ab. Verweist die Unternehmer an Eure Organisationen und stellt Euch geschlossen hinter dieselben. Hinein in den Verband! Stärkt seine Reihen, seine Kraft, damit er imstande ist, energisch und erfolgreich Eure Existenz zu schützen!

Torheit oder Unverfrorenheit?

Diese Frage muß man stellen, wenn man die Bemühungen der Grubenherren sieht, der Mitwelt plausibel zu machen, daß sie die Wirtschaft nur durch Verlängerung der Arbeitszeit sanieren könnten. Die Herren über Kohle und Kali verschweigen aber ostentiösesch, daß sie ihre Maßnahmen nur unter brutalem Terror auf Kosten der heute schon verelendeten Arbeiter durchführen. Sie verschweigen in demagogischer Weise, daß es ihnen nicht auf eine Steigerung der Produktion, sondern auf eine Sicherung ihres Gewinnes ankommt. Herr Bergassessor Leopold, einer der Führer der Braunkohlen-Industriellen erklärte: „**Es kommt uns nicht auf eine Mehrproduktion, sondern auf eine Verbilligung der Selbstkosten an.**" Diese Verbilligung soll auf Kosten der verelendeten Bergarbeiter geschehen. Um sie durchzuführen, scheuen sich die Herren nicht, niedrigsten Vertragsbruch und Gesetzesverletzungen zu begehen. Es ist deshalb notwendig, folgendes festzuhalten:

1. Die Verlängerung der Arbeitszeit ist nicht notwendig zur Hebung der Produktion. Dieselbe wird durch unerhörten Terror und Ausbeutung derjenigen durchgeführt, die sich dem Machtspruch der Unternehmer nicht fügen. Es wird sogar Zwang angewendet. Dieser Zwang ist unerträglich. Für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau besteht ein für allgemein rechtsverbindlich erklärter Tarifvertrag vom 24. März 1922. Derselbe ist noch nicht abgelaufen und sieht im § 3 die achtstündige Arbeitszeit vor. Außerdem besteht für die unterirdisch Beschäftigten das Gesetz über die Regelung der Arbeitszeit in Bergwerken unter Tage vom Juli 1922. Dieses Gesetz legt als gesetzliche Arbeitszeit die Arbeitszeit unter Tage fest, die in den Tarifverträgen am 1. Oktober 1921 festgelegt war. Am 1. Oktober 1921 betrug die Arbeitszeit im Braunkohlenbergbau unter Tage auf Grund des Tarifvertrages acht Stunden einschließlich einer halbstündigen Frühstückspause und der Ermächtigung, zwanzig Minuten vor Schichtschluß den Arbeitsort zu verlassen. Das Vorgehen der Grubengewaltigen ist also unerhörter Vertrags- und Rechtsbruch.

2. Zur Hebung der Produktion ist eine verlängerte Arbeitszeit nicht notwendig. Diese kann vielmehr durch andere Maßnahmen erreicht werden. Die Organisationen haben sich erboten, an Maßnahmen zur Hebung der Produktion mitzuarbeiten. Das wollen aber die Grubenherren nicht, sondern sie wollen nur ihr Diktat durchführen. Warum ist die Produktion gesunken? Die Produktionssenkung der letzten Jahre hat ihre Ursache nicht in der achtstündigen Arbeitszeit, sondern in anderen Ursachen. Während des ganzen Krieges ist mit den Kohlenschätzen auch im Braunkohlenbergbau ein unverantwortlicher Raubbau getrieben worden. Die ergiebigsten und besten Kohlenvorkommen mit geringer Abraumdecke wurden abgebaut, die Abraumarbeiten eingeschränkt. Man hat es mit dem Abbau soweit getrieben, daß ein namhafter Industrieller schon im Jahre 1917 im Ausschuß des Preußischen Landtags vor dem weiteren Raubbau warnte und sagte: „**Wenn es so weiter geht, werden wir demnächst große Bergwerksanlagen haben, aber keine Produktion.**" Trotzdem wurde dieser Raubbau noch 1½ Jahre lang weiter getrieben. Als der Krieg beendet wurde, hatten wir in der Braunkohlenindustrie großen Anlagen, aber keine abgedeckten Kohlen. Brikettfabriken mußten wochenlang stillgelegt werden. Nun muß man berichten, daß in den letzten Jahren die Uebelstände aufgeschlossen werden sind. Nicht bloß, daß man die schlechteren Felder mit stärkerer Abraumdecke aufgeschlossen hat, hat man auch Vorräte für die Zukunft geschaffen. Auf vielen Werken sind Kohlen bis zu zwei Jahren freigelegt. Dadurch ist die Produktion gehemmt worden. **Man hat bei der achtstündigen Arbeitszeit die Betriebe saniert und auf die Höhe gebracht, bei der zwölfstündigen während des Krieges herabgewirtschaftet.** Die Produktion des einzelnen Arbeiters kann noch gehoben werden durch Einschränkung unproduktiver Arbeiten, durch Verzicht auf Bequemlichkeit und Vergünstigungen der Herren Werksgewaltigen. Viel zur Hebung der Produktion trägt das Vorhandensein erfahrener, älterer Arbeiter bei. Diese aber werden aus den Betrieben entlassen und der Erwerbslosenfürsorge übergeantwortet. Man will also nicht Hebung der Produktion, sondern Steigerung des Gewinns der Unternehmer.

3. Die Unternehmer beabsichten, eine Verbilligung des Kohlenpreises nicht eher in Aussicht stellen zu können, bevor nicht die „viel zu hohen Arbeiterlöhne" herabgesetzt sind. Dabei wissen sie ganz genau, daß der Lohn der geringste Anteil am Produkt ist. Er war in Friedenszeiten nicht so gering als in der Nachkriegszeit. Der jetzige Kohlenpreis ist viel zu hoch; er kann ohne Verlängerung der Arbeitszeit ermäßigt werden. Der Kohlenpreis der letzten Jahre hat sehr gute Gewinne ermöglicht. Die Tatsachen bestätigen das. Man sehe sich nur die Paläste an, die von den Bergwerksverwaltungen in der letzten Zeit in den verschiedenen Revieren und in Halle errichtet worden sind. Wir sind sehr neugierig zu erfahren, aus welchen Mitteln der Michelkonzern das einstige Vorstaad in der Parkstraße zu einem gewaltigen, das ganze Viertel überragenden Verwaltungsgebäude umgestaltet hat? Woher hat der Hallische Bergwerksverein die Mittel genommen, um seinen protzigen Bau in der Magdeburger Straße zu errichten. Die Anhaltischen Kohlenwerke sollen auf dem letzten Loche gepfiffen haben. Heute haben sie in Senftenberg ein palastartiges Verwaltungsgebäude stehen, in der Forsterstraße in Halle ein zweites, ebenso konfortabel eingerichtet. Die Hallische Pfännerschaft hat sich gleichfalls verschiedene solcher Paläste geschaffen. Wir fragen: Aus welchen Mitteln sind alle die Prachtbauten erstanden? Haben die Herren Werksgewaltigen gehungert wie die Arbeiter, um die Bauten zu ermöglichen? Hat es in Friedenszeiten soviel Prunkautos bei den Bergwerksgesellschaften gegeben? Soviel Personen zur Instandhaltung und Führung derselben? Nicht das Bestreben nach Verbilligung, sondern die Sorge um die Erhaltung von Neppigkeit, Bequemlichkeit und Komfort ist die Triebfeder der Maßnahmen. Eine Verbilligung der Produktion kann nicht erreicht werden, indem man das Elend noch vergrößert, sondern indem man den Arbeitern höhere Löhne zahlt und sie dadurch zu noch höherer Leistung fähig macht. **Die kapitalistische Wirtschaft ist die Ursache des heutigen Elends.** Diesem Elend soll durch noch größeres Elend abgeholfen werden. Die Allgemeinheit soll die Kosten tragen. Wenn alle Belegschaften den Mut aufbringen, trotz der Willkür nach Hause zu gehen, dann wäre die Macht der Grubengewaltigen und ihr Terror zu Ende. Auch ist erforderlich, daß die Betriebsvertretungen ihre gesetzlichen Pflichten erfüllen. Der § 78 Ziffer 1 des Betriebsrätegesetzes legt ihnen die Pflicht auf, **über die Einhaltung der Verträge zu wachen.** Der Vertrag besteht nach Kali- und Braunkohlenarbeiter, kämpft für Eure Freiheit und für Euer Recht! Weist die Gesetzes- und Vertragsverletzer in ihre Schranken zurück!

Tarifverschlechterungen im Buchdruckgewerbe.

Am Mittwoch wurde im Reichsarbeitsministerium ein für das ganze Reichsgebiet geltender Schiedsspruch für das Buchdruckgewerbe gefällt. Gegenüber der Forderung der Unternehmer, die eine tarifliche Arbeitszeit von 57 Stunden in der Woche — statt 58 vor dem Kriege und 48 Stunden bisher — verlangten, macht sich der Schiedsspruch eine Arbeitszeit von 54 Stunden, mit andern Worten also die Arbeitszeit der Beamten, zu eigen. Statt des Wochenlohnes ist ein Stundenlohn vorgesehen, der jeweils in den Bezirken besonders festgesetzt werden soll. Das dürfte ebenfalls zu einer Verschlechterung führen, wenn auch die Feiertagsbezahlung im bisherigen Rahmen beibehalten werden soll. Im übrigen ist eine regionale Lohnregelung und eine Feriengewährung nach Berufsjahren festgelegt. Die Arbeitnehmer haben den Schiedsspruch einstimmig abgelehnt, die Arbeitgeber dagegen, hochbefriedigt über die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, die Verbindlichkeitserklärung beantragt. Der Reichsarbeitsminister wird also Gelegenheit bekommen, binnen kurzem zu entscheiden, ob er den Achtstundentag tariflich abbauen will oder ob er an dem Grundsatz des Achtstundentags, wie er auch für das neue Arbeitszeitgesetz vorgesehen ist, festhalten will.

Zum Weihnachtsfeste
kauft man
Uhren, Gold- und Silberwaren
am besten und billigsten bei
Amand Weiss, Halle (Saale),
Kleinschmieden 6, gegenüber Alex Michel.

Zum Weihnachtsfeste praktische Geschenke!
Emaille
Glas
Porzellan
Steingut
Holzwaren
Aluminium
Luxuswaren
Spielwaren
Grosse Auswahl!
Billige Preise!
Burghardt & Becher
Leipziger Strasse 10. 4379

Schweizermilch 65 Pfg.
allerfeinste, wie frische Sahne Dose
Rinderfett . . . Pfund 65 „
Palmbutter . Pfund 65 „
Kleeblatt-Butter
in bekannter Güte. 7583
F. H. Krause
in allen Filialen.

Röthaer Fruchtweine
Himbeersaft
Kirschsaft
rein zuckerges.
F. Kohl, Steinweg 11.

Gute preiswerte
Lederwaren
Ia Qualitäten
Friedrich Pietsch
Sattlermeister
Steinweg 32

Regatta-Sportmützen 6364
in allen Preislagen
J. Kaliga,
Große Klausstraße 85.

Optische Anstalt
Hans
Horstschäfer
Bitterfeld,
Dessauer Strasse 80
Brillen und Klemmer.
Lieferant für alle Krankenkassen.

Ein Wort an die Frauenwelt!
Fort mit allen wertlosen Angeboten auf hygien. Gebiete.
Lassen Sie sich nicht irreführen durch vielversprechende hochklingende Anpreisungen. Nur meine behördlicherseits geprüften und genehmigten, kräftig wirkenden Spezialmittel helfen sicher. Auch in bedenklichen Fällen überraschende Wirkung schon in wenigen Stunden. Keine Berufsstörung!
Vollkommen unschädlich.
Viele Dankschreiben. — Diskreter Versand per Nachnahme.
Frau Amanda Groot,
frühere Bezirkshebamme,
Hamburg A 711
Wandsbecker Chaussee 87.
Bitte ausschneiden und aufbewahren!

Bitterfeld
Goldscheider
Bitterfeld Markt 15
bringt
Ausnahme-Angebote
in
Hüten, Mützen u. Herren-Artikeln
4339

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219231221-19/fragment/page=0003

Vereins-Kalender
der VSPD.,

Freien Gewerkschaften, Geselligen Vereine sowie der sozialistischen Frauen-Zusammenkünfte im Bezirk **Halle-Merseburg.**

Sekretariat der VSPD. Halle (Saale), Harz 42/44, Hofgebäude, 2 Treppen. — Fernruf 1029.
Ortsbureau daselbst (Fernruf 1029).

Die Veröffentlichungen der VSPD. im Vereinskalender erfolgen, wenn nicht kostenlos, gegen besondere Vereinbarung: die aller anderen Vereine zum jeweiligen Mitgliederpreise zweifaltig abzüglich 50% Rabatt. Oeffentliche Veranstaltungen werden nur außerhalb des Vereinskalenders bekanntgegeben.

Halle.

Freier Sängerchor, Vereinslok.: „Stadt Dresden", Martinistraße. Nächste Probe morgen, Freitag, abend pünktlich **7 Uhr.** Pünktliches und vollzähliges Erscheinen u. Neuaufnahmen erwartet Der Vorstand.

Delitzsch. Freitag, den 21. Dezember, abends 8 Uhr, im „Ring": Mitgliederversammlung. Thema: Konsum- und Gewerkschaftsfragen. (Möglichst ein Brikett mitbringen.)

Bockwitz. Unterhaltungs-Abend der Freien Turnerschaft. Die Schüler- und Schülerinnen-Abteilung der Freien Turnerschaft veranstaltet Sonntag den 23. Dezember, einen Unterhaltungs-Abend. Vom Reinertrag soll Kindern Erwerbsloser eine kleine Weihnachtsfreude bereitet werden. Aus diesem Grunde ist es unbedingte Pflicht jedes Hand- u. Kopfarbeiters zu erscheinen. Der Vorstand.

Zentralbibliothek Halle
Burgstraße 27 (Volkspark).
Geöffnet Dienstag u. Donnerstag abends 6 bis 8 Uhr. — Bücherverzeichnisse zu haben in der Volksbuchhdl., Harz 42/44.

Wir halten uns den Vereins-, Gewerkschafts- und Parteivorständen z. Herstellung von
Drucksachen aller Art
in geschmackvoller und sauberer Ausführung bestens empfohlen
Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei e. G. m. b. H.
Halle a. S.: Tel. 6605: Harz 42/44

Klubsessel u. Sofas
aparter Entwürfe
Bruno Paris, Leipziger Str. 12.

Praktische
Weihnachts-Geschenke

für Herren:

Schals	in Wolle u. Seide 6,00		4,50
Gamaschen	schöne Farben		6,50
Hüte	neueste Formen 7,50	6,50	4,50
Handschuhe	warm gefütt. 2,50		1,25
Strickbinder	neueste Muster	2,00	1,00
Selbstbinder	aparte Farben	4,50	3,00
Hosenträger	prima Qualität 2,50	1,50	1,00
Sockenhalter		1,00	0,50
Oberhemden	m. 2 Krag., neuest. Farben	11,00	8,50
Einsatz-Hemden		4,50	3,50
Normal-Hemden		5,50	4,50
Normal-Hosen		4,50	3,50
Futter-Hosen	grau u. weiß		5,00
Taschentücher	weiß u. bunt	0,70 0,60	0,45

für Damen:

Strümpfe	schwarz und farbig	1,15 0,90	0,60
Seidenflor-Strümpfe viele Farben		2,75 2,25	1,90
Strümpfe	feine Wolle	4,25	3,50
Schlüpfer	alle Farben, 1a. Qual.		4,00
Reform-Beinkleider	beste Ausf.		5,00
Handschuhe	gefüttert	2,75	2,00
Kinder-Handschuhe	reine Wolle	2,00	1,50

Sonntags geöffnet

Moritz Rosewitz
Halle a. S.
Steinweg 7 / Tel. 1093

Stadt-Theater.
Sonnabend, nachm. 3 Uhr: **Der Froschkönig**
Sonnabend, abds. 7½ Uhr: **Der Schatzgräber**
Sonntag, nachmittags 3 Uhr: **Der Froschkönig**
Sonntag, abends 7½ Uhr: **Aida**

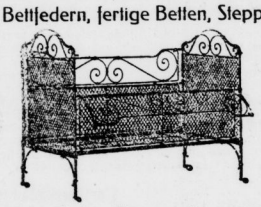
Thalia-Theater.
Sonntag, abends 7½ Uhr: **Am Teetisch.**

Silberweiße
Alpaka-Eßbestecke
nur erstklassige, ein ganzes Menschenleben vorhaltende Fabrikate, empf. **einzeln, in Dutzenden** und in **ganzen Ausstattungen**
(25 verschiedene, vollständige Ausstattungen sind stets vorrätig)
zu billigsten Preisen
als vorzügliche **Kapitalanlage**
Juwelier **Tittel**
größtes Besteckhaus Mitteldeutschlands
Gold. Medaillen 1921 und 1922

Grosse Ulrichstr. 27.
GRONENBERG
empfiehlt
Zigarren und Zigaretten
4369 für den
Weihnachtstisch!
Die beliebten Klepenkerl- und Raulino-Tabake billiger.
Grosse Ulrichstr. 27.

Alfred Hoyer
Spezial-Geschäft für Musikinstrumente, Saiten und Bestandteile 4368
Geiststrasse 19.
Biete nur erstklassige Fabrikate in **Violinen, Violas, Cellis, Guitarren, Lauten, Mandolinen, Zithern, Flöten, Wiener Ziehharmonikas, Sprechapparaten Schallplatten** in Odeon, Beka usw.

Bettfedern, fertige Betten, Steppdecken, Daunendecken



Metall-Bettstellen
Eigene Matratzen-Fabrikation.
Weddy-Pönicke & Steckner A.-G.
Halle a. S., Leipziger Strasse 6.
4370

BREHMER
Rum, Arrak, Weinbrand
„Brehmer Liköre"
Rot- u. Weißweine, Sekt
Südweine, Beerenweine
in größter Auswahl
Obere Leipziger Straße 43
4317

Preis-abbau
in allen Abteilungen

Herren-Wintermäntel Plausche u. andere Wollstoffe	33–	Braune Lederjoppe mit warmem Futter	95–
Herren-Anzüge farbige Forster Stoffe	33–	Rauchjoppen wollige Plausche	23–
Bozener Mäntel imprägniert	26–	Konfirmand.-Anzüge blau Cheviot	25–
Gummi-Mäntel	26–	Strickjacken mit Aermeln	8,75
Winter-Joppen ein- und zweireihig	19–	Herren-Klubjacken viele Farben, Kammgarn. 19,–	16–
Windjacken wetterfest	12,50	Knaben-Anzüge blau und farbig 16,– 11,–	7,50
Breecheshosen aus Manchester	17,50	Knaben-Mäntel warme Stoffe 18,– 11,–	7,25
aus farbigen Stoffen	5,75	Oberhemden mit passend. Kragen ia. Perkal, neue Streifen	6,95
aus schwerem Reitkord	36–	Einsatzhemden weiss mit waschechtem Ripseinsatz	2,75
Lederhose gestreift	6,75	Normalhemden Doppelbrust	2,75
Buckskinhose	4–	Normal-Unterhosen	2,75

Original Bleyle-Anzüge ∴ Original Kieler Anzüge
Rodel-Garnituren - Baby-Kleidung - Erstlings-Aussteuer
Sonntag von 1—6 Uhr geöffnet!

s. Weiss
Halle am Markt.

Volkspark
Sonnabend nachmittag
Weihnachts-Bescherung
anschließend
UNTERHALTUNG

Robert Schirmer
Inhaber: Kurt Schirmer
Leipziger Straße 75, neben Roten Roß
empfiehlt
Kakao, Schokoladen, Honigkuchen
und Weihnachtskonfekt
4366 in großer Auswahl zu billigen Preisen.

Zum Feste!!
Empfehle meiner werten Kundschaft in nur prima Qualität:

Rindfleisch zum Kochen	à Pfd. 80 Pf.
Rindfleisch z. Brat. o. Kn.	à Pfd. 110 Pf.
Hammelfleisch zum Braten	à Pfd. 80 Pf.
Kalbfleisch zum Braten	à Pfd. 120 Pf.
Landschweinefleisch ds. Sr.	à Pfd. 120 Pf.
Gehacktes Rindfleisch	à Pfd. 90 Pf.
Gehackt. Schweinefleisch	à Pfd. 120 Pf.
Rouladen	à Pfd. 120 Pf.

Speck, Wurst, Talg in großer Auswahl.
Am Heiligabend nur bis 5 Uhr geöffnet.
Robert Hammer, Fleischermeister,
Kl. Klausstr. 2. — Tel. 1528.

Chines. Tees, gewählte Qualitäten
F. Kohl, Halle a. S., Steinweg 11.

Brehna bei Bitterfeld
Sonntag, den 23. Dezember, nachmittags 3 Uhr im „Gasthaus zur Erholung":
Mitgliederversammlung
des Bergarbeiterverbandes.

Tagesordnung:
1. Wahl der Ortsverwaltung.
2. Die Lage im Bergbau. Ref.: Kamerad Keitel (Bitterfeld).
3. Verschiedenes.

Es ist Pflicht aller Bergarbeiter, in der Versammlung zu erscheinen, da die ernste Situation kein Abseitsstehen duldet

Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes, Zahlstelle Brehna.

Auszahlung der Erwerbslosen-Unterstützung nur noch Freitags. 4372
Magistrat Delitzsch.

Verloren!
Vom Fahrrad auf dem Hardtdamm am Mittwoch zwischen 11½ und 12 Uhr ein verschnürtes Paket in violett. Packpapier, Holzmodellkugeln enthaltend. Wiederbringer oder wer Finder nachweisen kann, hohe Belohnung Abzugeben Wittekindstraße 28 I. od. Geschäftsstelle des Volksbl.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192312 21-19/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 21. Dezember 1923.

Das Weihnachten der Arbeitslosen.

5,75 Million Erwerbslose. • Unterstützungsabbau. • Sabotage der Abgabe zur Erwerbslosenfürsorge durch die Unternehmer.

Die neufestgesetzten Unterstützungssätze für Erwerbslose und Kurzarbeiter sind so gehalten, daß sie — zum Leben zu wenig, zum Sterben zuviel — jeden Erwerbslosen, zumal in diesen Wintermonaten, dem Hunger und der Kälte in der erschreckendsten Form ausliefern. Die Reichsregierung sieht sich zu diesem rigorosen Vorgehen gegen die Erwerbslosen, die doch letzten Endes nur ein Opfer der Cuno-Politik sind, angeblich gezwungen, weil der im Nothaushalt vorgesehene Höchstbetrag von 340 Goldmilionen für die Erwerbslosenfürsorge im besetzten und unbesetzten Deutschland unbedingt bis 31. März ausreichen soll. Selbstverständlich setzten die Unternehmer die Regierung unter Druck, daß die Erwerbslosensätze, trotzdem die Preise noch um 50 Prozent über den Friedensstand hinausgehen, dem von den Industriellen in Angriff genommenen Lohnabbau angepaßt werden. Welch ungeheure Verelendung über die Masse des Volkes damit als Weihnachtsbescherung gebracht wird, kann man am besten daraus ermessen, daß im besetzten Gebiet noch annähernd **2 Millionen Erwerbslose und 500 000 Kurzarbeiter** vorhanden sind und im unbesetzten Deutschland die Zahl der Arbeitslosen am 1. Dezember **1 450 000**, die der Kurzarbeiter **1 800 000** betrug.

Seit dem 1. November leisten bekanntlich als Uebergang zur Arbeitslosenversicherung Arbeitnehmer und Arbeitgeber Beiträge bis zu je 10 Prozent des Krankenkassenbeitrages. Dadurch sollen dereinst drei Fünftel des Gesamtaufwandes gedeckt, der Rest durch die Gemeinden aufgebracht werden, während das Reich und die Länder nur ausnahmsweise unterstützend eingreifen sollen. Bisher sind jedoch die Beiträge, die aus dieser Neuordnung flossen, noch äußerst spärlich, **nicht zuletzt weil die Arbeitgeber alle Ränke benutzen, um sich auch diese Last vom Halse zu halten.** Im besetzten Gebiet macht ihnen das die Interalliierte Rheinlandkommission ganz besonders leicht, weil sie bisher ihre Zustimmung zur Durchführung dieser neuen Verordnung noch nicht gegeben hat. Die sonst von nationaler Gesinnung triefenden Arbeitgeber machen sich diese Gelegenheit selbstverständlich freudig zunutze, um, gestützt auf den „Erbfeind", dem Reiche vorzuenthalten, was des Reiches ist und des Reiches sein muß, wenn nicht die gesamte Erwerbslosenfürsorge binnen kurzem zusammenbrechen soll.

Die Aufgaben der Saalkreis-Gemeinden.

Die fünfte diesjährige Tagung der Kreisabteilung „Saalkreis" des Verbandes der preußischen Landgemeinden fand im „Stadtschützenhaus" unter dem Vorsitz des Gemeindevorstehers Hammelsbeck (Nielleben) statt. Der Vorsitzende führte aus: Die allgemeine Finanznot auch der Gemeinden wird durch die fortschreitende Geldentwertung immer drückender und hatten in dieser Erkenntnis Reichs- und Staatsregierung nunmehr dahnbrechende Schritte unternommen, um zu einer geordneten Finanzwirtschaft zurückzukehren. Die Gemeinden sehnten den Tag herbei, wo sie wieder wie früher Herr im eigenen Hause seien, denn nichts anderes bedeute Selbstverwaltung. Indem der Vorsitzende kurz auf die zu behandelnden Steuervorlagen in großen Umrissen einging, betonte er weiter, daß die neuen Steuern geeignet seien, den Finanzen aufzuhelfen. Man könne jedoch alle diese Steuern nur mit einem lachenden und einem nassen Auge ansehen denn ob heute noch Goldsteuern in dem vorgesehenen Umfange eingetrieben werden könnten, sei mehr als fraglich.

Der Vorsitzende gab dann Kenntnis von einem Antrage der Hauptgeschäftsstelle des Verbandes, wonach die Gemeinden schneller als bisher in den Besitz der Reichseinkommensteueranteile gelangen sollen unter Berücksichtigung der Geldentwertung. Solange das jetzige Verfahren beibehalten werden muß, hält es der Verband für notwendig, daß die Finanzämter Anweisung erhalten, auf Antrag den Gemeinden Abschlagszahlungen zu leisten und zwar sofort dann, sobald eine Reichssteuer, an der die Gemeinden anteilmäßig beteiligt sind, erhoben worden ist. Ueber die Kredithilfe für die Gemeinden seitens der Kreisbank und evtl. seitens des Staates wurde eingehend verhandelt und die Landesaufwertungsverordnung vom 7. November 1923 durch Dr. Berthold (Diemitz) vorgetragen. Die Grundvermögensteuer wurde zunächst seitens des Vorsitzenden an Hand der Ausführungsbestimmungen eingehend erläutert, worauf Katasterinspektor Göring ausführliche Aufschlüsse auf vielfach an ihn gerichtete Fragen gab.

Die Aufstellung der Haushaltspläne für 1923 auf der Grundlage der Goldmark hielt Landrat Genosse Müller für nicht möglich, so daß erst vom neuen Rechnungsjahre an eine solche Aufstellung erfolgen kann. Die Steuerbeschlüsse der Gemeinden bedürfen nicht mehr der Genehmigung durch die Kreis- bezw. Bezirksausschüsse, sondern sie erteilt gemäß Verordnung vom 13. November 1923 nunmehr die Aufsichtsbehörde erster Instanz. Die Aufsichtsbehörden haben innerhalb 14 Tagen nach Eingang des Steuerbeschlusses sich zu entscheiden. Wird kein gegenteiliger Bescheid erteilt, so gilt die Genehmigung des Steuerbeschlusses als erfolgt.

Sodann referierte der Vorsitzende eingehend über die neue Regelung der Gewerbesteuer auf Grund der Verordnung vom 23. November 1923. Die Besprechung der mit der Erwerbslosenfürsorge zusammenhängenden Fragen bildete eine eingehende Debatte aus, nachdem der Vorsitzende die neuen geltenden Bestimmungen eingehend vorgetragen und erläutert hatte. Die Beschaffung von Wintertartoffeln durch die Gemeinden wurde der Kreisabteilung infolge der Bestimmung, daß nur Gemeindeverbände wertbeständige Kredite zu diesem Zwecke erhalten können, für unmöglich gehalten, worauf Herr Landrat Müller erklärte, daß gegebenenfalls der Kreis für die betreffenden Gemeinden Kredite in Anspruch nehmen würde und zwar unter Haftung der einen Kredit in Anspruch nehmenden Gemeinde.

Aus dem Stadtparlament.

Wenig Stimmung und wenig Stoff.

Die Tagesordnung der letzten Sitzung vor den Weihnachtstagen war eine magere, und nur einigen sehr redelustigen Stadtvätern, vor allen Mitgliedern der KPD., war es zu danken, daß der Stoff bis 3/4 7 Uhr abends reichte. Zu Beginn der Sitzung warf Stadtv. Günther unserer Fraktion wegen „des Ausschlusses der Oeffentlichkeit" durch den Tribünenkartenzwang Hinterhältigkeit vor. Die ersten sieben Punkte betrafen Hypotheken und Beihilfen für Wohnungsbauten sowie den Verkauf von Baustellen. Die Kommunisten wehrten sich namentlich gegen den Verkauf, wollen also anscheinend keine Verminderung der Arbeitslosigkeit. Genossen unserer Fraktion wünschten Verkauf unter Erbbaurecht was der Magistrat aus praktischen Gründen für untunlich erklärte. Alle Punkte fanden schließlich Annahme, ebenso die Erhöhung der Ausgleichszuschläge für die städtischen Beamten und eine Fluchtlinienänderung an der „Saalschloßbrauerei".

Nach einigen Rechnungsentlastungen debattierte man noch einige Zeit über ein Gesuch wegen leichterer Turnhallenbenutzung und über den Dringlichkeitsantrag unserer Fraktion auf Beseitigung der Verkehrseinschränkungen bei der Straßenbahn. Da die Einschränkungen bereits aufgehoben sind, benutzte man die Gelegenheit, den Magistrat um Fürsorge für die vielen entlassenen Straßenbahner zu bitten. Namentlich verlangte Genosse Albert Müller Ausschaltung parteipolitischer Gesichtspunkte bei den Entlassungen.

Ein Dringlichkeitsantrag unserer Fraktion auf Stundung der Gas- und Strompreise für Erwerbslose wurde in die nächste Sitzung verschoben. Die Grundsteuereinziehung erfolgt, wie Bürgermeister Seydel auf eine kommunistische Anfrage hin erklärte, im Auftrage und nach Weisungen der Staatsbehörden.

Weihnachtsbescherung der Partei.

Die vom Frauenausschuß des Ortsvereins Halle geplante Weihnachtsbescherung für die Kinder unserer erwerbslosen Parteigenossen findet am Donnerstag, dem 27. Dezember, nachmittags 5 Uhr, im „Volkspark" statt. Wir bitten diejenigen Genossen, die ihre Kinder noch nicht angemeldet haben, dies unbedingt noch heute zu tun. Das Parteibureau ist zu diesem Zweck heute bis 8 Uhr abends geöffnet. Der Vorstand.

Zweiparteiensystem und Koalitionspolitik.

In einer von dem Sozialistischen Studentenbund veranstalteten Versammlung sprach Genosse Marcuse Waentig über „Zweiparteiensystem und Koalitionspolitik". In streng wissenschaftlicher Art erörterte der Referent die prinzipielle Seite dieses Themas und die sich daraus ergebenden praktischen Konsequenzen. Im Gegensatz zu dem früheren Obrigkeitsstaat hätten wir jetzt eine parlamentarische Demokratie, die sich selbst reguliere. Solle aber dieses System funktionieren, so sei das Zweiparteiensystem dafür die günstigste Grundlage, da diese Parteien sich in der Regierung abwechseln könnten. Das Zweiparteiensystem sei schon in vielen Staaten zur Geltung gekommen. Es habe sich hierbei zumeist um eine traditionelle und eine fortschrittliche Strömung gehandelt (z. B. in England: Konservative und Liberale; in Amerika: Republikaner und Demokraten). Wir in Deutschland seien noch sehr weit von einem Zweiparteiensystem entfernt, aber trotzdem wären Voraussetzungen hierfür vorhanden. Möglich wäre hierbei auf dem Boden des wirtschaftlichen Systems in der gegenwärtigen hochkapitalistischen Zeit die Scheidung in eine bürgerliche und proletarische Organisation. Während Professor Waentig in der Theorie sich für das Zweiparteiensystem entscheidet, tritt er doch, in der Praxis für die Koalitionspolitik im Interesse der Organisation und Gesamtnation ein. Voraussetzung für das Zweiparteiensystem sei die Anerkennung und Sicherung der Verfassung, solange es noch Parteien gebe (wie die Deutschnationalen und Kommunisten), die nach dem Sturz der Verfassung trachten. Trotz der Unzulänglichkeit der Koalitionspolitik für die Interessen der Arbeiter könne sie doch verantwortet werden, da man nicht nur die gegnerischen, sondern auch die verfassungsgegnerischen Parteien berücksichtigen müsse. Darum müßten gegenwärtig alle Vertreter der parlamentarischen Demokratie die Notwendigkeit der Koalitionspolitik einsehen. Der Weg zum Zweiparteiensystem müsse auf dem Wege der Koalitionspolitik durch Beendigung des Kampfes gegen die heutige Verfassung erreicht werden. Dann werde voraussichtlich erst die bürgerliche Gruppe herrschend sein, an deren Stelle aber dann die Vertreter der Arbeiter treten würden. — An die lehrreichen Ausführungen des Referenten schloß sich eine rege Diskussion an. A.

* **Die Verhältniszahl für die Ermäßigungen beim Steuerabzug** ist für die Zeit vom 23. bis 31. Dezember auf 600 000 festgesetzt worden. Die Steuermäßigungen betragen danach für die Steuerpflichtigen und die Ehefrau je 103 680 Millionen, für jedes minderjährige Kind 691 200 Millionen und für die Werbungskosten 864 Milliarden.

* **Arbeiterrückfahrkarten verlängert.** Die Gültigkeitsdauer der mit dem 22.—26. Dezember gestempelten Arbeiterrückfahrkarten wird ausnahmsweise bis 2. Januar einschließlich verlängert.

* **Der Schalterdienst bei den Postämtern** in Halle wird am 23., 25. und 26. Dezember und am 1. Januar (Neujahr) im allgemeinen wie an Sonntagen wahrgenommen. Bei den Postämtern 1 (Große Steinstr. 72) und 2 (Thielenstr. 2a) findet jedoch am 23. Dezember die Ausgabe von Paketkarten und Paketen von 8—11 Vorm. (anstatt von 8—9 Vorm.) statt.

* **Volkshochschule Halle.** In der gemeinschaftlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses, des Studienausschusses und der sehr stark anwesenden Hörervertreter in der Aula des Reform-Realgymnasiums wies Stadtschulrat Dr. Truschel als Vorsitzender darauf hin, daß trotz aller Unguust der Verhältnisse die Volkshochschule eine Bewegung in aufsteigender Linie zeige. Die Volkshochschule Halle gehöre mit zu den blühendsten im Deutschen Reich. Universitätslektor Dr. Wittsack legte hierauf den neuen Plan für das nächste Semester vor, der 38 Lehrgänge umfaßt. Rückblickend wies er darauf hin, daß das verflossene Semester infolge der Geldentwertung zu den schwierigsten gehört habe. Die zur Organisation und Durchführung des Geschäftlichen erforderliche Riesenarbeit sei nur durch die aufopfernde Tätigkeit aller Hörer möglich gewesen. Das neue Semester beginnt am 14. Januar, der Kartenverkauf am 3. Januar.

* **Volkspark.** Sonnabends-Nachmittag veranstaltet im Gr. Saale der Zentralverband der Invaliden eine Weihnachtsbescherung, anschließend Unterhaltung.

* **Gestohlene Wäsche.** In der Nacht zum 18. Dezember sind nachfolgende Wäschestücke, zum Teil im nassen Zustande, durch Einbruch gestohlen worden: Herren- und Damenhemden (gez. E. F. und M. K., auch M. S. und H. S.), Handtücher, Tischdecken, Bettdecken, Bettbezüge, Kopfkissenbezüge (gez. E. F., M. K. auch E. S. und M. S.); ferner noch Bettücher, Trikotunterjacken, Servietten und eine größere Menge andere Wäsche, meist gezeichnet wie vorstehend. Sachdienliche Angaben nimmt die Kriminalpolizei, Dreyhaupststraße 4, Zimmer 38, entgegen. Vor Ankauf wird gewarnt.

* **Festgenommen.** In der verflossenen Nacht gegen 1/2 12 Uhr überraschte der Wächter Nr. 3 der Halleschen Wach- und Schließgesellschaft in einem Grundstück in der Gr. Märkerstraße drei Einbrecher bei der Arbeit. Es gelang ihm, einen davon festzunehmen und der Polizei zu übergeben.

Aus der Provinz.

Merseburg. Hilfe für Notleidende! Der Magistrat erinnert uns um Buchnahme folgender Mitteilung: Im Hause Unterallerburg 12 ist eine Sonderbes- und Schuhmacherwerkstatt eingerichtet worden, in welcher Erwerbslose beschäftigt werden, um nur gegen Deckung der Stadt erwachsenden Material- und sonstigen Unkosten für vom Wohlfahrtsamt als Hilfsbedürftige anerkannte Personen hauptsächlich Sozial-Kleinrentner und Erwerbslose, Instandsetzungsarbeiten zu verrichten. Der Raum selbst und die nötigen Einrichtungsgegenstände sind von der Stadt gestellt. Namentlich bei der Fußbekleidung ist die Not sehr groß, und manches Paar Schuhe kann gerettet werden, wenn eine rechtzeitige Instandsetzung erfolgt, zu der aber leider bei vielen die Mittel fehlen. Hier zu soll die neue Einrichtung helfen. Sicher aber steht auch in manchem Hause noch manches Paar Schuhe und Stiefel herum, die, wenn sie auf diese Weise wieder hergerichtet werden, immer noch eine Zeitlang ihren Dienst erfüllen könnten. Es ergeht daher an alle Einwohner die Bitte, die Bestände an Schuhen und Stiefeln einer Durchsicht zu unterziehen und nicht mehr getragene Fußbekleidungsstücke im Lager des Wohlfahrtsamtes Unterallerburg 61 abzuliefern, wo auch gern, je nach Befund, eine kleine Vergütung gezahlt wird.

Laucha. Zunehmende Arbeitslosigkeit. Durch Beendigung der Rübenverarbeitung hat die hiesige Zuckerfabrik sämtliche Saisonarbeiter entlassen und nur die Sommerarbeiter vorläufig weiter beschäftigt. Die Zahl der Arbeitslosen ist daher auf nahe 200 angewachsen. Eine am Donnerstag tagende Erwerbslosenversammlung

Meerumschlungen.

31] Roman von K. von der Eider.

„Bist du krank?" entfuhr es ihm.

„Nein, o nein," versicherte sie. Purpurglut überzog ihr Antlitz, als ob für einen Augenblick der Schein der untergehenden Sonne darauf fiel. Danach erschien sie ihm noch bleicher als zuvor.

Er ergriff ihre Hände. „Thora, liebstes Weib, sei gut, vergib mir! Ich war von Sinnen dieser Tage; ich wußte nicht, was ich sagte. Vergiß, was ich gesprochen. Ich will ja alles tun, was du verlangst, nur bleib bei mir! Verlaß mich nicht, sonst bin ich verloren . . . Ich habe ja so viel gutzumachen." Er bedeckte sein Antlitz mit den Händen und weinte.

Dieser Anblick schnitt Thora ins Herz. Sie zog ihm die Hände vom Gesicht und drückte ihre Wange an die seinige. „Ich habe dich ja so lieb, du mein Herzensmann," sagte sie. „Nun wird alles wieder gut. Nein, ich verlasse dich nicht, niemals! Jetzt will ich dir auch etwas verraten, was außer mir noch keines Menschen Seele ahnt. Deli, freue dich, wie ich mich freue! Gott ist gnädig, so er will, werde ich im Herbst, ehe die Blätter fallen, dir ein Kind in die Arme legen."

„Thora mein Weib!"

„Nein, Deli, nicht vor mir knien, das ist Sünde. Bete mit mir um Gottes Gnade!"

Sie kniete neben ihm, ihre gefalteten Hände umschlangen ihn. Sie betete inbrünstig und glaubensvoll; ihm war zumute, als bete seine Mutter mit ihm das Nachtgebet, als wäre er ein Kind noch. Ruhe und Frieden senkten sich in sein Herz.

Es war noch früh, als Momme Ohlsen an die Studierstube seines Herrn klopfte. „Ich möchte gern ein bischen mit Herrn Pastor sprechen, wenn der Herr Pastor es nicht für ungut nimmt," begann er. Er setzte sich vorsichtig auf eine Ecke des Stuhles, den ihm der Pastor hinschob, und drehte die schwarze Schirmmütze in seinen Händen. „Ja, Herr Pastor," begann er mit schiefgehaltenem Kopf seine wohldurchdachte Rede. „Es ist ja was Wahres an, was Herr Pastor gestern predigt hat. Ja, ja, aber ganz kann ich mich damit nicht einverstanden erklären. Daß wir unseren alten Herrgott, der doch immer gut zu uns war, nun auf einmal missen sollen, nein, das ist mir nicht mit. Dafür plagt man sich ja hier unten, daß man nachher nen guten Platz oben kriegt, wo man sich ausruhen kann von all der Last. Es taugt auch nicht, wenn einer zu gut ist, das ist für manchenein der Verderb. Der alte Gerichtsvollzieher Harm Klasen in der Stadt war auch zu gut und verlor darüber sein Brot. Nee, Herr Pastor, mit Verlaub. Sie sind zu gut. Ja, und ich bin das ja nicht allein. Herr Pastor, der das sagt. Da ist der alte Stofer Kaben, der hat sein Lebtag nicht viel Gutes vollbracht und ist noch jetzt mehr in die Wirtshäuser als zu Hause. Er hat gestern abend bei seinem Glas Grog geweint und hat gesagt, er könne die heilige Dreieinigkeit nicht missen, er hätte sich darauf verlassen, daß sie ihm helfen sollte. Nach seinem Tode wäre es ihm egal, aber so lange brauchte er sie. Ja, und das sagen die anderen auch. Marten Block und Pe Groos und Dick Peter und — ja, bloß Karl Bäcker sagt nichts dazu, weil er Brot genug hat. Ja! Bäcker ist auch ein halber Heide. Als vergangenen Winter seine alte Mutter starb, Gott weiß, wo ihre arme Seele abgeblieben ist, da frag' ich ihn mal: Jal, was meinst wohl, wo deine Mutter nun ist? Und ich denke, er soll Gott danken, wenn sie oben im Himmel sitzt. Da pflert der alte Sünder mit die Augen und sagt: Momme, sie liegt in die Aufstriebe, willst ihr mal sehn? Aber sieh dich vor, daß du die Backwerkpleiten nicht umstießest! Ist das nicht heidnisch?"

Der Pastor blickte verwundert auf seinen alten Kirchendiener, der sonst immer mit Worten zurückhielt, und der sich nun mit einem Male als ein großer Redner entpuppte. „Wie stellt Ihr Euch eigentlich Euren lieben Herrgott und den Himmel vor?" fragte er endlich.

„Den lieben Gott? Na, das muß doch ein sehr alter Mann sein. Aber der Herr Jesus, na, der ist wohl noch jung; man weiß ja nicht, ob er so jung geblieben ist — na, und der Heilige Geist, mit dem hat unsereins eigentlich am wenigsten zu tun gehabt. Aber ich denk' mir so, daß sie alle drei beieinander sitzen auf ihren goldenen Stühlen und die Engels um sie herum."

„Die Engels? Wie sehen denn die aus?"

„Na, mit weiße Flügel und lange weiße Kleider, ja, ein paar kleine Engels werden auch wohl dabei sein, na, die werden wohl singen und beten und da herumfliegen."

„Ja, lieber Momme, wer hat denn die weißen Kleider genäht und die goldenen Stühle gebaut?" fragte der Pastor Gröhn mit einem Blick, der Momme Ohlsen gar nicht gefiel.

„Ja, Herr Pastor," meinte er mit frommem Augenaufschlag, „das wissen Sie am Ende besser als ich."

„So, so!" Der Pastor stützte den Kopf in die Hände.

Als er gar nicht wieder aufblickte und nichts mehr fragte, hielt Momme es für das Zeichen, daß er entlassen sei. „Adjüs, Herr Pastor, und nehmen Sie's nicht für ungut," sagte er beim Abschied. „Es bleibt denn doch wohl beim alten."

Der Pastor nickte dazu sonderbar und hastig mit dem Kopf und sagte nichts mehr. Als aber der Alte über die Diele schritt, da gellte ein Lachen durchs Haus; das hatte einen so sonderbaren Ton, daß der alte Kirchendiener erschreckt aufhorchte.

Kam es aus der Studierstube des Pastors? Nein, hier war alles still. Er hatte sich jedenfalls verhört; es war vielleicht das Bellen eines Hundes auf der Straße gewesen.

Auch im Pastorat hatte man den gellenden Ton vernommen.

„Sieh mal nach, was es ist," sagte Thora zu Sanna.

Das junge Mädchen legte ihr Ohr an die Tür der Studierstube und lauschte mit klopfenden Herzen.

Da tat sich plötzlich die Tür auf, und Pastor Gröhn sah sie an mit eigentümlich starren Augen. „Wer bist du, was willst du?" fragte er.

Lautlos huschte sie davon.

Die ruhige Gemütsstimmung des Pastors hielt nicht lange an; es kamen wieder Tage, an denen er gereizt und mißtrauisch war und die immer Unruhe ihn hin und her trieb.

Von einem Arzt, von Ruhe wollte er nichts wissen. Das einzige was Thora erreichte, war, daß er sich einige Wochen dispensieren ließ. Dies war ein Gebot der Notwendigkeit; denn es wäre ihm unmöglich gewesen, in dieser Gemütsverfassung eine Predigt auszuarbeiten.

Freilich, die Leute im Dorfe sahen diese Notwendigkeit nicht ein. „Das Predigen ist doch keine Arbeit," meinte Pe Groos. „Das macht einer ja in der Bequemlichkeit!"

„Und das Kindtaufen," setzte Jan Schmorr, der ein neugeborenes Kind hatte, hinzu, „das ist doch keine körperliche Anstrengung!"

Der unglückliche Pastor gönnte sich selbst auch keineswegs Ruhe, deren er bedurfte. Er lief draußen auf den Landwegen umher zwischen den Fennen. Er besuchte diesen und denen, hielt die Leute von der Arbeit ab und sprach mit jedem Vorübergehenden. Die Leute, denen diese Vertraulichkeit ihres Pastors fremd war, fingen an, ihm aus dem Wege zu gehen, die Frauen versteckten sich oder liefen sich verlaufen, wenn sie ihn kommen sahen. Wieder andere, die es auf seine offene Hand abgesehen hatten, drängten sich an ihn heran.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192312 21-19/fragment/page=0005

wählte einen Arbeitslosenrat, welcher alle Maßnahmen mit dem Magistrat zu beraten hat. Die Stadt läßt Notstandsarbeiten verrichten und hat jeder Erwerbslose wöchentlich 12 Stunden Arbeit zu leisten.

Delitzsch. Die Stadtverordnetensitzung am 18. Dezember stand unter dem Zeichen Baumgärtels, des kommunistischen Sprechers, der wieder einmal aus der Versenkung aufgetaucht war. Wie üblich, hielt er seine von den schönsten Schmeicheleien strotzenden Reden, die so sehr von Sachkenntnis zeugen, daß sogar sein Fraktionskollege Förster im Ärger über ihn donnernd mit der Faust auf den Tisch schlug. Im übrigen beantragte er u. a. wiederum, einen Vertreter der Erwerbslosen zu Gehör kommen zu lassen und befürwortete einen Antrag seiner Fraktion, der die Vorkürzung nach Absetzung des Generals Müller zum Inhalt hatte. Beides wurde abgelehnt. Zur Steuerung der allgemeinen Not und der der Erwerbslosen wurden, nachdem von unserer Fraktion dem Magistrat wegen der mangelnden Initiative scharfe Vorwürfe gemacht worden waren, 5000 Goldmark zur Fortführung und Erweiterung der Kinderspeisung und den verheirateten Erwerbslosen 5 Pfund Brot, 2 Pfund Margarine, 2 Pfund Zucker, den unverheirateten 6 Pfund Brot, 1 Pfund Margarine und 1 Pfund Zucker bewilligt. Bei dieser Gelegenheit nahm die Fraktion gleichfalls Gelegenheit, die Notstandsmaßnahmen des Stahlhelms, Luisenbundes und ähnlicher Organisationen vor aller Oeffentlichkeit in ihrem wahren Kern zu kennzeichnen. Dr. Müller als „Stahlhelmmann", wie er sich selbst bezeichnete, versuchte das Vorgehen der Landwirtschaft und den Anspruch des Grafen Westarp im Reichstage zu verteidigen. Die Wähler sollten sich diese Verteidigungsrede für kommende Wahlen besonders merken. Da die bürgerliche Fraktion bei der Wahl von Besitzern zum Mietentzugsamt schmollte, was es nicht nach ihrem Kopfe ging, wurden die Besitzer und ihre Vertreter ausschließlich von der linken Seite des Hauses gestellt. Die Hundesteuer wurde auf 10, 20 und 40 Mk. jährlich festgesetzt. Die schon 3 Jahre schwebende Besoldungsordnung der städtischen Beamten wurde endgültig festgelegt. Unsere Fraktion kam dem Wunsche der Beamtenschaft, das Schiedsgerichtsverfahren einzuleiten, nicht nach, weil sie diesen Weg im Interesse einiger mittleren und unteren Beamtengruppen nicht für ratsam hielt. Nach dieser beschlossenen Ordnung wird der Erste Bürgermeister nicht nach Gruppe 13, wie er es gern gesehen hätte, sondern nach der 12. eingestuft.

Kleine Nachrichten.

Dessau. Die Ehefrau Bechaus wurde in ihrer Wohnung erhängt aufgefunden. Der Ehemann wurde unter dem Verdacht des Gattenmordes festgenommen. — **Aken.** Der Gutsverwalter Göbicke in Mennewitz hat sich durch einen Kopfschuß getötet. Ueber den Grund ist nichts bekannt. — **Ermsleben.** Im nahen Endorf rettete der siebenjährige Heinz Siemroth einen gleichaltrigen Knaben, der im dünnen Eise eingebrochen war, unter eigener Lebensgefahr vom Tode des Ertrinkens.

Mansfelder Lande.

Benndorf. Die Jugend wird wieder lebendig. Auch in unserem Orte hat die Arbeiter-Jugend festen Fuß gefaßt durch die am Sonntag erfolgte Gründung eines Ortsvereins der Sozialistischen Arbeiter-Jugend. Eine große Anzahl Jugendliche und auch ältere Parteigenossen hatten sich eingefunden. Genosse W. Abendroth (Halle) schilderte die jetzige schlechte wirtschaftliche Lage, in der das deutsche arbeitende Volk und besonders das Jungproletariat sich befindet, und was die Ursachen zu diesem Elend waren. Nicht kommunistische Phrasendrescherei kann uns aus dieser Situation retten, sondern eine feste, einige Organisation. Gerade die Jugend muß aufgeklärt werden, doch allen Schlafenden ausgelegt. Die Jugend muß aufgeklärt werden, sie muß ihre Bildung erweitern. Er sprach dann über die hauptsächlichsten Ziele und Forderungen der Sozialistischen Arbeiter-Jugend. Die Anwesenden waren mit den Ausführungen einverstanden, und lehnten entschieden ein Zusammenarbeiten mit der Kommunistischen Jugend ab. Die Genossen Rosenkranz und Barth erklärten sich bereit, die Jugend mit allen Mitteln zu unterstützen. Der Ortsgruppe traten sofort 11 Genossen bei. Als Vorsitzender wurde Genosse F. Liebezeit gewählt. Am 18. Januar 1924 findet eine ordentliche Mitgliederversammlung statt.

Helfta. Aus dem Gemeindeparlament. Ueber die letzte Sitzung der Gemeindevertretung, deren Ergebnis wir bereits kurz mitteilten, wird uns, leider sehr verspätet, noch ein ausführlicher Bericht übersandt, aus dem wir Nachstehendes wiedergeben: Im Anschluß an die Wahl des Gemeindevorstehers, die bekanntlich nur mit einem teilweisen Siege der Linken endete, beantragte der Schöffe Lohmeier, einen Antrag des Haus- und Grundbesitzervereins auf Aufhebung des Spanndienstbeschlusses als dringenden Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Dem wurde nicht entsprochen. Der Mehrheit der Gemeindevertretung wurde der Vorwurf gemacht, daß sie sich nicht recht über die Tragweite des Beschlusses im klaren gewesen wäre. Diesen Angriff wies der Gemeindevorsteher Bornschein zurück. Er betonte, daß es darauf ankomme, mit den vorhandenen Mitteln recht sparsam umzugehen. Die wenigen Fuhren für die Gemeinde könnten von den Fuhrhaltern mit gemacht werden, ohne daß sie dadurch erheblich belastet würden. Es läge ganz besonders im Interesse der kleinen Steuerzahler, insbesondere auch der antragstellenden Hausbesitzer. Bedauerlich sei es, daß diese sich so an der Strippe führen ließen von Leuten wie Barth, die gewiß nichts für sie übrig hätten. Es sei nur daran erinnert, als die ganze Gemeinde, außer den Selbstversorgern, tagelang ohne Mehl war, daß da weder Barth noch sonst jemand auch nicht einen Zentner Korn oder Mehl abgegeben haben und daß es auch gerade infolge Fehlens des Spanndienstbeschlusses nicht möglich war, Mehl von der Mühle heranzuschaffen. Die angedrohten Maßnahmen, daß die Landwirte nunmehr keine Privatfuhren für kleine Leute machen wollen, wird sich letzten Endes gegen die Landwirte selbst auswirken. Interessant war auch der Einblick in die Wirtschaft unter dem Großbauern Barth als Gemeindevorsteher. Infolge der Unfähigkeit der früheren Verwaltung sind jährlich viele tausend Mark an Steuern gar nicht eingekommen, wodurch die Gemeinde sehr geschädigt wurde. Etwa zwei Drittel der steuerpflichtigen Gewerbebetriebe hatte man überhaupt nicht veranlagt, darunter befanden sich fast alle Betriebe der ersten Steuerklasse. Auf alle diese schweren Vorwürfe hatte der sonst so hochfahrende deutschnationale Führer kein Wort der Verteidigung vorzubringen. Bei den kommenden Wahlen werden sich die Wähler wohl überlegen müssen, ob sie solchen Leuten noch einmal ihre Stimme geben können.

Verantwortlich für Politik und Wirtschaft: F. O. H. Schulz; für Feuilleton und Lokales: Hermann Lange; für Gewerkschaftliches, Provinz und Sport: Gottlieb Kaparek; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzog; sämtlich in Halle. — Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei, e. G. m. b. H., Halle, Harz 4241.

Bedeutende
Preis-Ermässigung!
Bevor Sie Ihre Weihnachts-Einkäufe tätigen, beachten Sie meine Schaufenster und vergleichen Sie Preise und Qualitäten!
Sie sparen viel Geld, wenn Sie Ihren Bedarf bei mir decken!
Moderne Herren-Winter-Paletots ein- und zweireihig . . . . . von 32an
Schlüpfer, Ulster in modernen amerikan. Formen . . 40.— 35.— und höher 28—
Burschen- und Jünglings-Anzüge eleganter Schnitt und neueste Modelle . . von 23an
Herren-Anzüge (Sportform) und elegante Strassen-Anzüge . . . von 30an
Gehrock-Anzüge — Große Auswahl!
Als Weihnachtsgeschenke passend:
Breeches-Hosen einfache . . . . . von 6.50 an bis zur besten Reit-Cord-Hose!
Winterjoppen für Knaben, Burschen und Herren spottbillig!
Gummimäntel . . . . . von 21an
Covercoat, Gummigarniert . . . . . 31—
Grosse Auswahl! — Billigste Preise!
Moritz Rosenthal Leipziger Str. 1 im alten Rathaus!
Geschäfts-Prinzip: Grosser Umsatz, kleiner Nutzen Kleine Spesen — Billige Preise!

Die nächste Nacheichung der Metzgeräte findet statt:

Vom 2. bis 5. Januar 1924: Martinstraße, Töpferplan, Kleiner Sandberg, Großer Sandberg, Poststraße, Forsterstraße 1—5 und 50—58, Magdeburgerstraße 1—14 und 50—68.

Vom 7. bis 12. Januar 1924: Röserstraße, Riebeckplatz, Delitzscherstraße 1—5 und 91—98, Thielenstraße, Merseburgerstraße 170, Prinzenstraße.

Vom 14. bis 19. Januar 1924: Anhalter Straße, Charlottenstr., Marienstraße, Dorotheenstraße, Augustastraße, Parkstraße, Königstraße 1—9, Franckestr.

Vom 21. bis 26. Januar 1924: Landwehrstraße 1—5 und 21—25, Neue Promenade, Rannische Straße 10—12, Gr. Berlin, Große Brauhausstr., Am Bahnhof.

Halle, den 21. Dezember 1923.

Die städtische Polizeiverwaltung.

Mansfelder Lande

Wertbeständiges Notgeld des Mansfelder Seekreises.

1. Auf Drängen der Industrie- und Landwirtschaftskreise hat der Mansfelder Seekreis Ende November wertbeständiges Notgeld herausgegeben, um dem stark fühlbaren Mangel an kleinen Zahlungsmitteln abzuhelfen. Er hat hierzu die Genehmigung des Reichsfinanzministeriums erhalten. Das Notgeld ist in voller Höhe, darauf wird wiederholt ausdrücklich aufmerksam gemacht, durch 6prozentige Goldschatzanweisungen des Deutschen Reiches gedeckt. Gemäß der Verordnung des Generals von Seeckt vom 12. November 1923 besteht für das Notgeld im Bezirk des ausgebenden Kommunalverbandes, also des Seekreises, Annahmezwang. Die Nichtannahme des Geldes ist unter hohe Strafe gestellt.

2. Dadurch, daß die Reichsbank und verschiedene andere Reichsstellen auf Anweisung ihrer Zentralbehörden das Kreisnotgeld nicht annehmen, sind nun gewisse Schwierigkeiten entstanden. Das Notgeld wird schon jetzt in großen Mengen bei der Kreissparkasse des Seekreises zum Umtausch gegen andere Zahlungsmittel vorgelegt. Auf der anderen Seite hat der Herr Reichskanzler unterm 12. Dezember 1923 eine Verordnung dahingehend erlassen, daß das Notgeld nicht ohne seine und des Reichsfinanzministeriums besondere Ermächtigung aufgerufen werden darf. Diese Ermächtigung wurde bisher nicht erteilt. Die wertbeständige Deckung wird deshalb vorher nicht freigegeben.

3. Die Sparkasse des Mansfelder Seekreises hat aus diesem Grunde Anweisung erhalten, das Notgeld jetzt nicht umzutauschen. Es würde dies dem Zwecke der genannten Verordnung, nämlich den Umlauf des Notgeldes zu erzwingen, solange nicht genügend kleine Stücke Reichsgeld (Rentenmark usw.) im Verkehr sind, unmittelbar zuwiderlaufen, wenn das Geld auf diese Weise aus dem Verkehr gezogen wird. Außerdem ist nicht die Kreissparkasse, sondern der Kreisausschuß Herausgeber des Notgeldes. Die Kreissparkasse führte die Emission seinerzeit lediglich aus technischen Gründen für den Kreisausschuß aus. Die Bevölkerung wird deshalb darauf hingewiesen, daß die Kreissparkasse das Notgeld für Freigabe der Deckung grundsätzlich nicht allgemein gegen andere Geldsorten umtauscht. Von ihren Kunden nimmt die Kreissparkasse jedoch bis auf weiteres das Notgeld zur Gutschrift auf Konto an.

Eisleben, den 20. Dezember 1923.

Der Kreisausschuß (998
des Mansfelder Seekreises.

Merseburg

Preis-Abbau!
Gewähre bis Weihnachten
20% Rabatt
auf alle Spiel- und Lederwaren
10% Rabatt auf alle anderen Geschenk-Artikel
Hans Käther
Merseburg :-: Ecke Kleine Ritterstraße

Billige Goldmarkpreise
und gediegene Qualitäten sind die großen Vorteile meines Weihnachts-Angebotes!
Reichhaltige Auswahl moderner 4377
Ulster Schlüpfer Paletots
Preislage 30.— bis 98.—

Herren-Anzüge . . .	33,—	Gestr. Kammgarn-Hosen	9,—
Gehrock-Anzüge . . .	68,—	Derbe Stoff-Hosen . .	6,50
Cutaway mit Weste .	68,—	Breches-Hosen . . .	10,50
Manchester-Anzug . .	48,—	Gestreifte Lederhosen	6,50
Gummi-Mäntel . . .	24,—	Manchester-Hosen . .	15,—
Loden-Mäntel	37,—	Eisenbahnerhosen . .	7,50
Wind-Jacken	12,50	Lodenjoppen m. Futter	17,50

Berufs-Kleidung!
Friseur-Sacco, Konditorjacken, Fleischerjacken, Monteurjacken, Monteurhosen, Lager-Mäntel, Malerkittel, Schriftsetzerkittel, Eisenbahnerjacken, Arbeitswesten, Stoffwesten, Faust-Handschuh in großen Sortimenten.
Oskar Zimmermann
Merseburg ◙ Gotthardtstr. 25

Bücher die besten und billigsten Weihnachtsgeschenke!
Bilderbücher | Romane
Märchenbücher | Klassiker
Jugendschriften | Parteiliteratur
Kalender :: :: Geschenkbücher Jeder Art.
Große Auswahl! Preiswert!
Volksblatt-Buchhandlung
Halle a. S., nur Gr. Ulrichstrasse 27.

Schöne Geldscheintaschen Ia Leder, sehr preiswert
Lederwaren- 4186 Spezial-Geschäft nur Schmeerstr. 19

Schlitten zu verkaufen Beesener Str. 82 II r.

Volksblatt-
Empfehlenswerte Bücher:
E. J. Gumbel Vier Jahre politisch. Mord
Heinr. Wandt Etappe Gent
Buchhandlung

Mein seit Jahren erprobtes
Marinetuch
Mk. 10.50 pro Meter
Reine Wolle, echtfarbig, 140 cm breit, passend für Herren-, Damen- und Kinderkleidung ist wieder lieferbar.
Zahlreiche Anerkennungsschreiben und Referenzen zu Diensten!
G. Assmann
Abteil.: Uniformfabrik Halle a. S. 4297 1848
Verkauf findet statt im Stammhaus Gr. Ulrichstr. 49.

Halt! **Kleine Anzeigen** wie: Kauf-Gesuche und -Angebote, Vermietungen, Unterricht, Stellengesuche, Vereinsnachrichten usw. finden hier stets ihren Erfolg!

Amtliche Bekanntmachungen

Halle

Am schwarzen Brett im Wagegebäude (Marktplatz 24) befindet sich eine Bekanntmachung betreffend die Aenderung des Bebauungs- und Höhenplanes für das von dem Seebener Weg, der Trotbaer Straße, dem Angerweg und der Halberstädter Eisenbahn umschlossene Gelände am Krähenberg. 3445

Halle, den 17. Dezember 1923.

Der Magistrat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219231221-19/fragment/page=0006